

Für bimetallistische Münzpolitik Deutschlands.

Von
Adolph Wagner.

Zweite Auflage,
vermehrt durch einen Nachtrag:

Die jüngste Münzdebatte im deutschen Reichstage
und
die französischen Vorschläge für den
internationalen Münzcongress.



Berlin 1881

Puttkammer & Mühlbrecht

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft
64 Unter den Linden 64.

Für bimetallistische Münzpolitik Deutschlands.

Von
Adolph Wagner.

Zweite Auflage,
vermehrt durch einen Nachtrag:

Die jüngste Münzdebatte im deutschen Reichstage
und
die französischen Vorschläge für den
internationalen Münzcongress.



Berlin 1881

Puttkammer & Mühlbrecht

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft
64 Unter den Linden 64.

Erst

Einleitung

Erst

Erst

Erst

Erst

Erst

Erst

Erst

Erst

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die folgende Schrift ist der grossentheils wörtliche Abdruck von vier Artikeln »Zur deutschen Münzfrage«, die ich im December 1880 und Januar 1881 in der »Deutschen Landwirthschaftlichen Presse« veröffentlicht habe. Sie sind jedoch hier und da mit Zusätzen versehen worden und haben kleine Abänderungen erfahren. Eine wesentliche Erweiterung hat der Schlussabschnitt erhalten.

In dieser 2. Auflage habe ich einen grösseren Nachtrag über die Münzdebatte im Reichstage am 10. März und über die soeben bekannt gewordenen französischen Vorschläge für den internationalen Münzcongress beigelegt. (S. 67—106.)

Wie andere meiner Fachgenossen habe ich es für meine Pflicht gehalten, eine Wendung meiner währungspolitischen Stellung auch öffentlich zu vertreten. Ich bin zu dieser Wendung durch die Vorgänge im Währungs- und Münzwesen der letzten Jahre und durch erneutes Studium der Frage und der einschlägigen Literatur bestimmt worden. Insbesondere hat mich in dieser Hinsicht die ganz vorzügliche Schrift über die vertragsmässige Doppelwährung von Dr. O. Arendt überzeugt, — einem jungen Fachschriftsteller, der durch dieses Buch, wenigstens in Deutschland, an die Spitze der wissenschaftlichen und praktischen Bewegung in bimetallistischer Richtung getreten ist. Ich

bedauere nur, dass er durch den gegen Soetbeer und andere Vertreter der Goldwährung angeschlagenen verletzenden Ton den Eindruck seiner sachlichen Beweisführung geschwächt hat. Aber die letztere behält deshalb doch ihren Werth.

Einen grossen Theil der neueren Währungsliteratur habe ich jüngst in der Tübinger Zeitschrift für Staatswissenschaft (1880 Heft 4, 1881 Heft 1) kritisch besprochen. Ich beziehe mich darauf für manches Einzelne in der folgenden Schrift, die ich nicht mit literarischem Apparat beschweren wollte. Seitdem ich diese literarische Revue gegeben, haben drei der hervorragendsten deutschen Spezialisten im Gebiet der Geld- und Kreditfragen, sich ebenfalls öffentlich im Wesentlichen auf die bimetallistische Seite gestellt: *J. Newwirth* in der Abhandlung »Der Kampf um die Währung« in Conrad's Jahrbüchern für Nationalökonomie 1881, Heft 1, *W. Lexis* in den »Kritischen Erörterungen über die Währungsfrage« in Schmoller's neuem Jahrbuch u. s. w. für das deutsche Reich 1881, Heft 1, und *A. Schäffle*, nachdem derselbe jüngst schon in seinem neuen Werke über Steuerpolitik sich über den Bimetallismus in Kürze sympathisch geäussert hatte, in der dieser Tage zu erwartenden eigenen kleinen Schrift »Für internationale Doppelwährung«. Die »Wissenschaft« steht also auch bei uns nicht mehr so allgemein auf der Seite der reinen Goldwährung, wie das noch immer so oft behauptet wird. —

Berlin-Charlottenburg, 18. März 1881. — *Ad. Wagner*.

I.

Begangene Irrthümer.

Im Mai 1879 ist bekanntlich die Einziehung des Restes der alten deutschen Silberthaler und die Veräusserung des daraus gewonnenen Silbers eingestellt worden. Seitdem befinden wir uns in einem Provisorium, dessen längere Andauer in mehr als einer Hinsicht Bedenken erregt und in etwaigen neuen politischen Verwickelungen unseres Vaterlandes sehr nachtheilig werden kann. Aber dieses Provisorium hat wenigstens das eine Gute, dass es den Anlass giebt, noch einmal, vor dem endgiltigen Abschluss in der einen oder der anderen Richtung, die Währungsfrage zur Discussion zu stellen. Damit können eigentlich die beiden gegenwärtig hauptsächlich in Betracht kommenden Parteien, die Anhänger der reinen Goldwährung und der durch unsere Münzgesetze von 1871 und 1873 begründeten Währungs- und Münzpolitik, wie andererseits die Anhänger des Systems eines vertragsmässigen internationalen Bimetallismus einver-

standen sein. Den ersteren wird Gelegenheit gegeben noch einmal alle ihre theoretischen und praktischen Gründe für die eingeschlagene deutsche Münzpolitik ins Feld zu führen, dabei jetzt aber auch, was früher entschieden zu wenig geschehen ist, die Schwierigkeiten des Uebergangs aus unserer ehemaligen reinen Silberwährung zur reinen Goldwährung besser zu würdigen und die bimetallistischen Einwände zu prüfen. Geht aus einer solchen Untersuchung von Neuem die Zweckmässigkeit oder, wie mitunter behauptet wird, die alleinige ernstliche Möglichkeit der reinen Goldwährung hervor, so ist die Stellung der Goldwährungspartei eine viel bessere geworden. Auch die grossen finanziellen Opfer, welche der Währungswechsel uns schon gekostet hat und noch ferner kosten wird, erscheinen dann als nicht zu theuer für das erzielte Resultat. Umgekehrt haben die Vertreter des internationalen Bimetallismus eigentlich jetzt erst Gelegenheit, zum Worte zu kommen. Beim Erlass unserer Münzgesetze war das nicht der Fall. Die Tagesströmung, durch einige einflussreiche Fachmänner in- und ausserhalb des Parlaments geleitet, war damals zu mächtig zu Gunsten des in unserer Gesetzgebung aufgestellten Zieles, der reinen Goldwährung. Die Gegengründe wurden nur schwach vertreten. Manche sehr wesentliche sind aber auch erst aus den Vorgängen seit unserer Münzreform vollständig klar gestellt worden, indem neue, bisher unbekannte oder nicht genügend beachtete Thatsachen schärfer zum

Vorschein kamen und die wissenschaftliche Forschung Fortschritte machte. Das letzte Jahrzehnt ist auf diesem Gebiete an *unerwarteten Erfahrungen* sehr reich. Diese sind jetzt für die Währungs- und Münzpolitik zu verwerthen.

Wir wollen versuchen, hier einige der wichtigeren Punkte in der neuesten Discussion hervorzuheben, uns dabei aber nach rechts und links möglichst objectiver Auffassung in der Wiedergabe der Gründe für und wider befleißigen.

Kaum bestreitbar möchte zunächst sein, dass *allseitig die praktischen Schwierigkeiten der Durchführung unseres Währungswechsels beim Beginn unserer Münzreform unterschätzt worden sind*, wobei wir zunächst die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Ziels unserer Reform, des Uebergangs zur reinen Goldwährung, noch unerörtert lassen wollen. Wie wir nunmehr nach 7 $\frac{1}{2}$, bzw. nach mehr als 9 Jahren der Erfahrung behaupten können, sind wir bei unserer Reform von einigen, für letztere *zu optimistischen* Voraussetzungen ausgegangen, welche sich als *irrig* erwiesen haben. Daraus soll für Niemanden ein Vorwurf gemacht werden: wir haben eben sämmtlich erst manches Neue lernen müssen. Nur muss man jetzt den offenkundigen Thatsachen gegenüber auch Belehrung annehmen.

Es sind vornehmlich *drei Irrthümer* in Bezug auf die Durchführung der Münzreform begangen: *die Summe unseres alten einzuziehenden und auf dem Welt-*

markt zu veräussernden Silbers ist zu niedrig veranschlagt worden; das starke Weichen der Werthrelation von Silber zu Gold, von der Norm 15.5:1 auf 17—18:1 und die daraus hervorgehenden Verluste bei unseren Silberverkäufen sind jedenfalls in dem eingetretenen Maasse nicht vorausgesehen worden; endlich die Möglichkeit, ohne tiefgreifende Störungen aus den Goldvorräthen der Welt unseren eigenen Goldbedarf zu decken, ist für zu leicht angeschlagen worden, wesentlich infolge einer Ueberschätzung der disponiblen Goldvorräthe und infolge einer zu optimistischen Annahme der ungeschwächten Fortdauer der Goldproduction.

Den ersten Punkt anlangend, so haben wir bis Mitte 1879 rund 1080 Millionen Mark ältere Landesilbermünzen, worunter 1001 Mill. grobe Courantmünzen — unter diesen wieder 530 Millionen Mark Einthalerstücke — eingezogen, namentlich in den Jahren 1875—1878. Aber noch immer zeigten sich theils im Verkehr, theils im Baarvorrath der Reichsbank grosse Summen der alten Thalerstücke, bekanntlich der einzigen Silbermünze des früheren Systems, die noch übrig geblieben ist. Wie gross der Rest dieser Thaler sei, lässt sich natürlich vor dem Abschluss der Einziehungsoperation nicht ganz sicher angeben, da wir nur wissen, wie viel davon ursprünglich geprägt worden ist. Die früheren amtlichen wie privaten Schätzungen des Restes, so auch diejenigen des fleissigsten, aber nicht immer unbefangendsten Statistikers auf diesem Gebiete, *Ad. Soetbeer's*, werden

gegenwärtig wohl mit Recht für zu niedrig angenommen. Die jetzigen Schätzungen gehen (inbegriffen die noch als gesetzliches Zahlungsmittel mit 3 *M.* umlaufenden deutschen Vereinsthaler österreichischen Gepräges, die wir wohl oder übel würden mit einzuziehen haben, und einen Betrag von ca. 30 Mill. Mark noch unveräussertes Barrensilber), auf 400 bis 450 bis 500 Millionen Mark. Daran würden, selbst wenn bei der Wiederaufnahme und rascheren Durchführung des Silberverkaufes nicht noch niedrigere, als die jetzigen Londoner Silbercourse (circa 52 Pence Gold für die Unze Standardsilber) eintreten sollten, rund ca. 15 pCt. gegenüber dem Nominalwerth von 3 *M.* verloren oder resp. 60—67—75 Millionen Mark, — vermuthlich mehr.

Die Unterschätzung dieser alten Thalermenge war ein verhängnissvoller Optimismus. Wie gross derselbe war, ergibt sich u. A. aus jenem Reichsgesetz vom 6. Januar 1876 — also schon vor mehr als 5 Jahren erlassen! — wonach der Bundesrath bereits damals ermächtigt wurde, zu bestimmen, dass die deutschen und österreichischen Einthalerstücke bis zu ihrer Aussercurssetzung nur noch an der Stelle der Reichssilbermünzen in Zahlung anzunehmen seien. Eine solche bundesräthliche Bestimmung ist aus guten Gründen bis heute unterblieben. Aber man hätte doch damals ein solches Gesetz nicht erlassen, hätte man nicht gedacht, die Thalerstücke seien bald so wenig zahlreich, dass man sie den Reichssilbermünzen auch noch vor ihrer Aussercurssetzung ungefährdet gleichstellen

könne. Letzteres hätte doch vorausgesetzt, dass die Thaler nur bis zum Betrage von 20 *M.* gesetzliches Zahlungsmittel geblieben wären, und dass das Reich sie auf Verlangen gegen Goldmünze jederzeit einlöse. Beim Erlass des Gesetzes waren erst etwas über 400 Millionen Mark von allen Sorten älterer Landesmünzen eingezogen, seitdem sind für ca. 650 Millionen Mark weitere Einziehungen erfolgt, und dennoch glaubt man, noch fernere 400—500 Millionen Mark in Thalerstücken einziehen zu müssen. Von der Ausführung jenes Gesetzes durch den Bundesrath ist keine Rede mehr. Schlagender können wohl die *irrthümlichen* Voraussetzungen in Bezug auf die Thaler-einziehung nicht nachgewiesen werden. Nebenbei bemerkt, spielte bei diesem Irrthum vielfach ein anderer mit, der eigentlich am ersteren schuld war: man meinte, durch die starke Ausdehnung des Banknotenumlaufs seit den 50er Jahren in Deutschland sei das vollwichtige Silbergeld, daher besonders der Thaler grossentheils ins Ausland oder in den Schmelztigel gedrängt. Jetzt ist es thatsächlich erwiesen, dass dem nicht so war, dass uns vielmehr die damalige Banknotenvermehrung — in recht wohlthätiger Weise — nur der Nothwendigkeit enthoben hat, für unser stark gewachsenes Verkehrsbedürfniss die kostspielige Metallcirculation erheblich zu vermehren.

Dann der *zweite* Irrthum: Man hat von vornherein zu wenig das starke, uns nunmehr bei der Veräusserung des Silbers so grosse Verluste bringende Weichen

des Silbers gegenüber dem Golde mit in Rechnung gezogen. Wir haben bekanntlich die Norm des französischen Münzsystems von 1:15.5 für das Werthverhältniss der beiden Metalle festgestellt und danach die Umrechnung der alten Silbercontracte auf die neue Goldwährung vorgeschrieben ($20 \mathcal{M} = 6\frac{2}{3}$ Thlr. oder 1395 $\mathcal{M}$ auf ein Pfund feines Gold und $90 \mathcal{M} = 30$ Thlr. auf ein Pfund feines Silber), eine Norm, die um 1871 annähernd im Weltverkehr galt. Aber seitdem hat sich das Werthverhältniss enorm zu Ungunsten des Silbers geändert, so dass es (nach Soetbeer) in London bereits im Durchschnitt von 1871—1875 1:15.98, 1876 17.79, 1877 17.22, 1878 17.92, 1879 18.40 durchschnittlich war, gegenwärtig 1:c. 18 ist. Darauf war Niemand vorbereitet, und wäre bei Berathung der Münzgesetze anno 1871 und 1873 mit einiger Wahrscheinlichkeit ein solches Sinken des Silberpreises vorausgesehen worden, so würden gewiss auch die dann unvermeidlichen grossen finanziellen Opfer ernstlich gegen die Münzreform oder doch gegen den dabei eingeschlagenen Weg mit ins Gewicht gefallen sein. Auch wäre man wohl darüber stutzig geworden, ob man bei der Umrechnung der Geldcontracte die Relation von 1:15.5 zu Grunde legen solle.

Allerdings dreht sich nun der Streit der Parteien wesentlich mit um die *Erklärung dieser Veränderung der Werthrelation*, welche letztere, gelegentlich bemerkt, noch niemals in der Geschichte so ungünstig für Silber war, jedenfalls nicht in dem Zeitraum von dritthalb-

tausend Jahren, den wir übersehen können. Die Einen — und dahin gehören die deutschen Anhänger der Goldwährung unter der Führung Soetbeer's — finden die *Ursache* jener Veränderung zu Ungunsten des Silbers, wenn nicht allein, so doch wesentlich in erster Linie auf Seite des Silbers, in *veränderten Productions-, Angebots- und Nachfrageverhältnissen* desselben. Namentlich die vermehrte nordamerikanische Silberproduction (Nevada!) seit den 60er, besonders in den 70er Jahren einerseits, mehr noch die wieder aus verschiedenen nachweisbaren Ursachen zu erklärende geringere Nachfrage nach Silber in Europa und Amerika für die Versendung nach Asien andererseits hätten, in der Hauptsache unabhängig von der deutschen und französischen Münzpolitik, den Preis des Silbers gegen Gold so gedrückt. Es erweise sich Silber deshalb heutzutage vollends nicht mehr als geeignetes Währungsmetall für Culturvölker. Die unberechenbaren und unbestimmbaren Productions- und Nachfrageverhältnisse machten es offenbar bei dieser »Waare« Silber ebenso unthunlich, als bei jeder anderen Waare, durch Staatsgesetze eines einzelnen und selbst einer Reihe von Staaten, und seien es die wirthschaftlich mächtigsten, mittelst internationaler Verträge eine feste Werthrelation zwischen Gold und Silber zu erhalten. Angesichts der eingetretenen und der zwar nicht grenzenlos, aber doch leicht bis zu einer noch tieferen Grenze zu erwartenden weiteren Entwerthung des Silbers sei es doppelt angezeigt, die reine Goldwährung

anzunehmen. Die deutsche, die skandinavische Münzpolitik sei also ganz im Rechte und durch die bisherigen Ereignisse als richtig bestätigt. Man müsse nur bei uns nicht so verfehlte Maassregeln ergreifen, wie die Sistirung der Silbereinziehung im Mai 1879, sondern trotz der Verluste an den Silberverkäufen energisch vorwärts gehen, nachdem man einmal drei Viertel und mehr des Weges zurückgelegt habe.

Man wird dieser Beweisführung eine gewisse zwingende Logik nicht abstreiten, aber doch nur *unter zwei Voraussetzungen* ihr beistimmen können: *einmal* unter der, dass die Prämisse, die Zurückführung des gesunkenen Silberwerths auf die oben genannten Ursachen richtig ist, und *sodann* unter der weiteren Voraussetzung, dass eben nicht andere überwiegende Bedenken gegen die reine Goldwährung sprechen. Vorläufig haben wir es nur mit jener Prämisse zu thun. Hier wird nun von der Gegenseite, der bimetallistischen, die dargelegte Erklärung des Causalzusammenhangs der Silberentwerthung abgelehnt und letztere Erscheinung gerade *direct und indirect auf die deutsche Münzreform zurückgeführt*. Es ist an diesem Orte nicht nöthig und nicht möglich, eingehend das Für und Wider in dieser wichtigen Streitfrage zu entwickeln. Die Controverse verlangt eine genaue Sachkenntniss in Bezug auf schwierige Punkte der Geldtheorie und eine detaillirte Analyse der Thatsachen. Daher sei es erlaubt, uns hier auf eine diese Bedingungen einer wissenschaftlichen Bearbeitung der Streit-

frage durchaus erfüllende Fachschrift zu beziehen. Es ist die vortreffliche Arbeit von Dr. O. Arendt, *die vertragsmässige Doppelwährung* (bisher 2 Hefte, Berlin 1880). Hier wird namentlich der vorhin dargelegten Soetbeer'schen Beweisführung auf Schritt und Tritt nachgegangen und dieselbe nach unserer Ueberzeugung wenigstens in diesem Punkte widerlegt. Soetbeer hat auf diese und ähnliche Einwendungen und Angriffe geantwortet, besonders in der Denkschrift »Die hauptsächlichsten Probleme der Währungsfrage« (in Conrad's Jahrbüchern f. Nationalökon., Neue Folge, I. Band, 1880). Aber unseres Erachtens hat er die Arendt'sche These nicht zu entkräften vermocht. Arendt sagt wohl ganz richtig: »Die Frage lautet nicht, *haben die deutschen Silberverkäufe*, sondern *hat die deutsche Münzreform die Silberentwerthung herbeigeführt?*« Diese Münzreform that dies nach ihm »nicht dadurch, dass sie Silbermassen auf den Markt warf, sondern dadurch, dass sie dem Silber seine Eigenschaft als Geld raubte, dass sie ganz Europa fortriss zu einer allgemeinen Suspendirung der Silberausprägungen.«

Verhält sich die Sache aber so, — und wir stimmen hierin Arendt völlig bei —, so liegt auch der Schluss nahe und ist von den Bimetallisten logisch ganz folgerichtig gezogen, dass *durch eine Wiederaufnahme der Silberprägungen*, wie sie dem System internationaler Doppelwährung entspräche, *der Silberpreis wieder gehoben werden könnte*, eventuell *bis auf den früheren Stand gegenüber Gold*. Diese Bedingtheit

des Werths eines Metalls wie des Silbers — oder wie nicht minder des Goldes — *durch seine Geldfunction* ist bei der Einleitung unserer deutschen Münzreform zu wenig berücksichtigt worden.

Auch der *dritte* der oben erwähnten Irrthümer ist verhängnissvoll gewesen. Da wir so gut wie keinen Goldbergbau besitzen und nur unbedeutende Mengen älterer deutscher oder ausländischer Goldmünzen bis um 1871 im Verkehr hatten, — eingezogen, bezw. umgeprägt sind an älteren deutschen Goldmünzen für ca. 91 Mill. Mark —, handelte es sich bei unserem Uebergang zur Goldwährung darum, *das Gold aus dem Auslande hereinzuziehen*. Ohne Zweifel hat hier nun für uns, wie für andere Länder der Goldwährung (England) oder doch der starken Goldcirculation (Frankreich) ein Vorgang in der Production der Edelmetalle die grösste Bedeutung erlangt und vielfach überhaupt erst die Frage der Goldwährung statt der Silberwährung und der vorherrschenden Goldcirculation bei Doppelwährung statt der überwiegenden Silbercirculation zu einer praktischen gemacht: *die neue unerhört grosse Goldproduction in Californien* (seit 1848), *in Australien* (seit 1851) *und die schon ältere, aber auch im letzten Menschenalter noch bedeutende von Russland-Sibirien*. In den 40er Jahren hätten z. B. schon die *Productionsverhältnisse* die Wahl der Goldwährung für uns ausgeschlossen. Insofern ist es ganz richtig, dass »*die Natur der Dinge*«, hier die *Auffindung der Goldlager* in Californien und Australien, uns mit auf die

Bahn hinwies, die wir eingeschlagen haben. Die Erweiterung des Umlaufgebietes für Gold lag im Interesse des Weltverkehrs. Trotzdem ist es gewiss, dass für Deutschland die Frage des Ueberganges zur Goldwährung ohne die Ereignisse von 1870—71 kaum sobald den bis dahin bestehenden Charakter einer »rein akademischen Frage« verloren hätte; denn die Beschaffung des erforderlichen Goldes schien damals kaum zu bewältigende Schwierigkeiten zu machen. Diese wurden wenigstens zu einem erheblichen Theil durch die *französische Kriegscontribution* gelöst. Nicht dass uns dieselbe so sehr erhebliche Beträge Goldes direct geliefert hätte: aber sie gab uns ein riesiges Guthaben im Ausland und schuf uns eine Finanzlage, die es uns erlaubte, Opfer für die Münzreform zu bringen. Wollte man einmal auf die Goldwährung ernstlich ausgehen, so wäre es nur richtig gewesen, sofort aus der Kriegsentschädigung einen erheblichen Betrag zu reserviren, um für alle Fälle die Kosten der Operation decken zu können.

Der Irrthum, der aber in Betreff der Goldbeschaffung auch hier unterlief, bestand darin, dass die Hereinziehung immerhin so bedeutender Summen Goldes sich so leicht machen werde. Selbst die enormen Summen Goldes, welche seit 1850 neu gewonnen worden sind — Soetbeer veranschlagt sie von 1851 bis 1875 auf ca. 13.3 Milliarden Mark —, waren doch grösstentheils in der Circulation, in den Bankbaarvorräthen der anderen Länder »gebunden«. Es entstand

in den Ländern der Goldwährung und der Goldcirculation eine oft recht empfindliche Störung durch die deutschen Goldbezüge, durch welche die letzteren erschwert worden sind. Seitdem die französische Contribution ganz eingezogen und verwendet worden war, ergaben sich auch für Deutschland nur auf dem normalen Wege des Handels, allenfalls des — unbedeutenden — Absatzes deutscher Werthpapiere ins Ausland, des Verkaufs ausländischer von uns früher erworbener Effecten an die Fremde, endlich durch die so schwer durchzuführenden Silberverkäufe etwaige Guthaben, auf die hin man Gold aus dem Auslande nach Deutschland ziehen konnte. Die neue Goldproduction hat seit ihrem Höhepunkte um die Mitte der 50er Jahre wieder abgenommen, um 1871—75 bereits im Ganzen um ca. 100 Mill. Mark jährlich (Durchschnittsproduction 1856—60: 574.9, 1871—75: 476.2 Mill. Mark), seitdem ist sie noch etwas weiter gesunken. Soetbeer schätzt sie für 1876—79 auf jährlich noch 438.6 Mill. Mark, — vielleicht zu hoch. Immer noch ausserordentlich viel mehr, als vor 1850. Aber das Umlaufsgebiet ist auch heute viel grösser. Die neuen Colonialländer, Australien, das westliche Nordamerika, halten jetzt selbst mehr Gold zurück, die Vereinigten Staaten im Ganzen seit ihrer Wiederaufnahme der Baarzahlungen ebenfalls. Die Umgestaltung der Handelsverhältnisse, die nordamerikanische Getreideausfuhr u. a. m. bewirkten, dass von Amerika in neuester Zeit wenig Gold nach Europa kommt,

ja umgekehrt, Gold von hier dorthin geht, wobei freilich wohl vorübergehende Verhältnisse, wie die europäischen schlechten Ernten, mitwirken. Aber Alles in Allem: der »Goldüberfluss« ist kaum mehr in der Welt zu spüren, eher macht sich stellenweise schon ein *Goldmangel* geltend. Deutschlands Concurrenz in der Nachfrage nach Gold wird empfindlich gespürt, die nothwendige Vermehrung unseres Goldgeldvorrathes, die durch das System der reinen Goldwährung verlangt wird, wird schwieriger und schwieriger; eigentlich stockt sie jetzt. Schon Ende 1874 hatten wir 1109 Millionen Mark neue Goldmünzen geprägt, in den 4 Jahren 1875—78 ist diese Summe nur um 563 Millionen Mark, seitdem bis Ende 1880 nur um 74 Millionen Mark gewachsen. Im Ganzen würden wir jetzt 1747 Millionen Mark besitzen, inbegriffen die 120 Millionen Mark im Kriegsschatz in Spandau. Aber mehrere hundert Millionen Mark deutsches Gold sind wohl wieder ins Ausland abgeflossen und zum Theil auch da eingeschmolzen. Genau kennt man natürlich diese Ziffer des Verlustes nicht, öfters ist sie wohl übertrieben hoch veranschlagt worden.

Kurz, so haben sich in der That *für die weitere Durchführung und Vollendung unserer Münzreform* auf der Grundlage der Gesetze von 1871 und 1873 *unvorhergesehene Schwierigkeiten* gezeigt. Indessen dieser Umstand ist es nicht allein, der Bedenken und Zweifel an der Richtigkeit unserer Münzpolitik wachruft. Wichtiger noch ist, dass *Zweifel beachtenswerther Art*

in Bezug auf die principielle Richtigkeit des ganzen Ziels der Münzreform, der reinen Goldwährung, aufgetaucht sind, Zweifel, zu denen man wenigstens Stellung nehmen muss. Ebenso zeigt unser Reichs-Silber-Münzwesen — von den alten Silberthalern abgesehen — Missstände, zum Theil infolge der eingetretenen Silberentwerthung, welche schwere Bedenken erregen und dringend Abhilfe verlangen, aber nicht leicht gestatten.

II.

Der Streit um einfache und Doppelwährung.

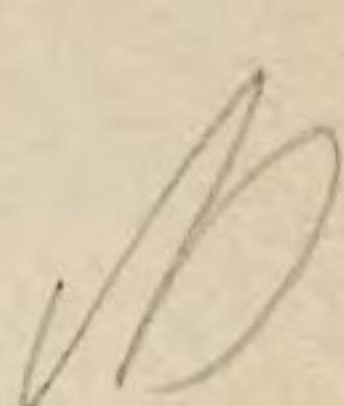
Als man in den sechziger Jahren sich in Deutschland ernstlicher mit der deutschen Münzreform zu beschäftigen begann, zunächst in der Fachliteratur, in der öffentlichen Presse, in volkswirthschaftlichen Versammlungen, in Berathungen der Handelskammern, war man fast einstimmig darüber, dass die Währung jedenfalls eine *einfache*, entweder die bereits bestehende *reine Silberwährung* oder die *reine Goldwährung* sein müsse. Die *Doppelwährung* von Gold und Silber zugleich, nach einem festen gesetzlichen Werthverhältniss, zog man kaum weiter in Erwägung. Dieselbe schien ja einmal den »volkswirthschaftlichen Naturgesetzen« schnurstracks zu widersprechen, denn nach diesen waren es stets und mussten es stets »Angebot und Nachfrage im freien Verkehr« sein, welche den Werth bez. Preis bestimmten, also auch über die »richtige« Werthrelation zwischen den beiden Edelmetallen entschieden. Da Angebot und Nachfrage und Productions-

kosten unvermeidlich bei diesen wie bei anderen »Waaren« schwanken, könne eine feste gesetzliche Relation mit der »richtigen« Relation im Weltverkehr immer *nur zufällig* übereinstimmen. Für gewöhnlich, wie die Erfahrung auch lehre, werde das Werthverhältniss im Verkehr, wenn auch nur wenig, so doch immer etwas variiren. Dann könnte sich aber die Doppelwährung thatsächlich gar nicht halten: das im Weltverkehr billiger als nach der gesetzlichen Norm zu habende Metall werde in den Geldverkehr des Landes der Doppelwährung eindringen, das theurere Metall verdrängt, eingeschmolzen, in's Ausland getrieben werden. Factisch bestände also doch das Geld eines solchen Landes ganz oder weit überwiegend nur aus *einem* Metall, und zwar aus dem *jeweilig wohlfeileren* Metall. Alle auf Geld lautenden Verpflichtungen würden darin erfüllt. Daraus ergäbe sich eine beständige Verletzung der Interessen der Gläubiger, resp. überhaupt der aus Geldverträgen zu Geldempfangen berechtigten Personen. Aendere sich im Weltverkehr dann wieder, unter dem Einfluss neuer Productionsverhältnisse, anderer Nachfrage u. s. w., das Werthverhältniss zu Gunsten des bisher relativ — gegenüber der gesetzlichen Relation — billigeren Metalls, so träte jetzt nun die umgekehrte Bewegung ein: das nunmehr theurere Metall ströme aus, das jetzt wohlfeilere dagegen ein. Eine unproductive Speculation in Edelmetallen regulire das mit naturgesetzlicher Kraft und Nothwendigkeit. Grosse Kosten für Umschmelzen und

Neuprägen gingen verloren. Die Gläubiger u. s. w. litten von Neuem. Etwaige Staatsmaassregeln der älteren Wirthschaftspolitik gegen solche Umgestaltungen, wie z. B. Verbote des Einschmelzens u. dgl. m., seien nicht nur principiell unhaltbar, da jeder Besitzer von Münze nach seinem Eigenthumsrecht mit derselben thun könne, was er wolle; sie seien auch ohne jeden nennenswerthen Einfluss, zumal bei den heutigen Verkehrsverhältnissen, wo schon ganz kleine Werthdifferenzen für die Geschäfte in edlen Metallen (Arbitrage) lohnend seien. Ja, wenn man einmal Doppelwährung haben wolle, so gehöre zum *Wesen* derselben *volle Verkehrsfreiheit* im Edelmetallhandel und *volle Prägefreiheit*, indem das Publikum, die Geschäftswelt *ganz nach ihrer Wahl* Gold oder Silber in Landesmünzen auf den staatlichen Münzstätten müsse prägen lassen können.

Alle diese Deductionen würden aber durch die Erfahrung aller Länder, welche mit der Doppelwährung experimentirt hätten, vollkommen bestätigt. Man berief sich namentlich gern auf die britische Münzgeschichte vom Ende des 17. Jahrhunderts an, auch wohl auf die nordamerikanische im 19. Jahrhundert, vor Allem aber auf die französische seit dem berühmten Münzgesetz von 1803. In der That liefert diese den *förmlich experimentellen* Beleg für die Richtigkeit einiger Hauptpunkte obiger Beweisführung. Gold stand auf dem Weltmarkte bis gegen 1850 eine Kleinigkeit günstiger als 15.5:1, der gesetzlichen Norm, meist

15.6, 15.7, 15.8 : 1. Die Folge war, dass damals in Frankreich fast nur Silbergeld in Verkehr war, Silber als das relativ wohlfeilere Metall eingeführt und in weit überwiegender Menge geprägt wurde, Gold aus dem Verkehr eher verschwand, namentlich aber fast kein neues geprägt ward. Unter Louis Philipp z. B. (1830 bis 1848) wurden nur für 216 Mill. Fr. Gold, aber für 1750 Mill. Fr. Silber neugeprägt. Dann trat gegen 1850 unter verschiedenen Einflüssen ein Umschwung zu Gunsten des Silbers ein: Gold sank gegen Silber auf unter 15.5 : 1, auf 15.4, 15.3, 15.2, 15.1 (um 1859) und stand bis gegen 1867 etwas unter 15.5. Nun verschwand das Silber im französischen Geldumlauf zum Theil — freilich, wie sich jetzt zeigt, *nicht* in dem lange angenommenen Umfange — und verbreitete sich das Gold so sehr, dass z. B. von 1850—67, also in der Zeit Napoleons III., die neue Silberprägung nur 383, die Goldprägung dagegen 5806 Mill. Fr. erreichte. So erklärt sich, dass man auf den silbernen Fünffrankstücken so oft das birnenförmige Antlitz Louis Philipp's, auf den französischen Goldmünzen meist das scharfe Profil des dritten Napoleon findet. Schon in den letzten Jahren des Kaiserreiches nahmen die Goldprägungen etwas ab und stiegen die Silberprägungen wieder ein wenig. Gold erreichte und überschritt sogar etwas die Norm 15.5 : 1. Dann kam der Krieg, mit ihm der Zwangscours des Papiergeldes, darauf die Entwerthung des Silbers und diese hätte sicher zur Verdrängung des Goldes und massenhafter Neuprägung



von französischer Silbermünze geführt, wenn man nicht die Freiheit der Silberprägungen, entgegen dem Princip der Doppelwährung, suspendirt hätte. Auch demungeachtet ist das Silbergeld in Frankreich und den Ländern des sog. lateinischen Münzbundes (Belgien, Schweiz — Italien macht nur wegen seiner Papierwährung eine Ausnahme) wieder stark zum Vorschein gekommen, das Goldgeld im Umlauf vermindert, zum Theil ausgewandert. In der Bank von Frankreich hat sich in den letzten Jahren das Verhältniss zwischen der Goldgeldmenge und der Silbergeldmenge geradezu umgekehrt. Sie besitzt nur noch ca. 550 Millionen Frs. Gold neben über 1200 Millionen Francs Silber. Würde die gesetzliche Doppelwährung streng aufrecht erhalten, so würde also, heisst es bei den Anhängern der einfachen Währung, Frankreich bald wieder ähnliche Verhältnisse in der Münzcirculation wie unter der Restauration und unter der Julimonarchie haben, wesentlich nur Silbercirculation. Ganz ebenso würde es jedem andern Lande mit einem solchen, der »wirthschaftlichen Natur der Dinge« und den ökonomischen »Naturgesetzen« widersprechenden Währungssystem gehen, beispielsweise auch Deutschland, wenn es sich etwa beikommen liesse, dem Sirenengesang der fremden Bimetallisten zu folgen: bald würde, zum Vorthail und zum Spott des Auslandes, kaum ein neues Goldstück mehr bei uns zu finden sein.

Diese deductive und inductive Beweisführung war

es, welche schon in den 60er Jahren und dann bei der legislativen Behandlung des Münzwesens im Jahre 1871 den Ausschlag für die einfache Währung bei uns gab. Sie wird auch gegenwärtig noch von den »Monometallisten«, d. i. heute so gut wie ausnahmslos Anhängern der reinen Goldwährung, gegen jede principielle Aenderung des durch die Gesetze von 1871 und 1873 festgestellten deutschen Währungs- und Münzsystems, insbesondere gegen die sogen. bimetallistische Theorie für eine vertragsmässige internationale Doppelwährung, geltend gemacht.

Von bimetallistischer Seite wird nun die *Richtigkeit* obiger Beweisführung gegen die Doppelwährung *keineswegs ganz bestritten*. Es wird nur die *Tragweite* dieser Beweisführung bezweifelt. Alles was letztere Richtiges enthalte, gelte doch nur gegen eine sogenannte *isolirte* Doppelwährung *eines* oder *weniger einzelner* Länder, *nicht* gegen eine *wirklich weiter verbreitete internationale* Doppelwährung *aller* oder wenigstens einer *ganzen Reihe der wichtigsten Culturstaaten*. Nur eine solche *internationale* Doppelwährung haben die neueren Bimetallisten im Sinne. Diese, so heisst es, würde nicht jene Mängel, jene wechselnden Prozesse des Verdrängens und Verdrängtwerdens des einen oder des anderen Metalles aufweisen, die festgesetzte Werthrelation von Gold und Silber würde sich dabei sehr wohl halten lassen, der Weltverkehr sie selbst rathabiren. Diese internationale Doppelwährung böte aber ganz entschiedene und sehr wichtige Vorzüge vor jeder

einfachen Währung, auch vor der reinen Goldwährung. Damit wendet sich dann die Polemik der Bimetallisten von der Vertheidigung zum *Angriff* und sucht die *Schäden* der *einfachen Goldwährung* aufzudecken. Hier handelt es sich also auch um eine Widerlegung der Gründe, welche uns im Jahre 1871 bestimmt haben, die Goldwährung anzunehmen. Wir wollen uns mit diesen Gründen hier zunächst auseinandersetzen und sehen, ob etwa auch hier mittlerweile durch *Thatsachen der Erfahrung* und durch *Fortschritte der wissenschaftlichen Untersuchung* Fehler oder Lücken in der Beweisführung zu Gunsten der reinen Goldwährung nachgewiesen worden sind, oder Voraussetzungen, von denen man damals ausging, sich als irrig gezeigt haben. Das ist unseres Erachtens allerdings theilweise der Fall.

Schon bei den Verhandlungen, welche dem Wiener Münzvertrag Oesterreichs, Preussens und anderer deutscher Staaten vom Januar 1857 vorausgegangen waren, war die Frage des Uebergangs von der Silber- zur Goldwährung erörtert worden. Oesterreich war für letztere eingenommen, allerdings angesichts der Papierwährung eine ziemlich platonische Liebe, welche bis in die neueste Zeit dort noch öfters aufgetreten ist, ohne dass überhaupt die Wiedereinführung der Metallwährung bisher gelungen wäre. Preussen und die deutschen Staaten aber blieben bei der Silberwährung und diese wurde im Wiener Münzvertrag denn auch sanctionirt. Die als Handelsmünze damals geschaffene

unzweckmässige Goldkrone, ohne festen Cours, blieb ein todtgeborenes Kind. Auch später ist Preussen den Bestrebungen für internationale Münzeinheit, z. B. den unter Napoleon' III. Aegide im Jahre 1867 in Paris gefassten Beschlüssen, dass ein Goldwerthbetrag von 5 Fr. Gold als *dénominateur commun* von den Culturstaaten angenommen und ein Vielfaches dieses Betrages als allgemeine Hauptgoldmünze (25 Fr.) geprägt werden solle, nicht beigetreten. Freilich wirkte hierbei bis zum französischen Kriege wohl die Ueberzeugung der grossen Schwierigkeiten eines etwaigen Währungswechsels in Deutschland mit. Nach dem Kriege war das ja anders geworden. Namentlich die Beschaffung des erforderlichen Goldes war wesentlich erleichtert. Und nun kamen denn auch die Argumente zu Gunsten der neuen Goldwährung, mit denen schon in den Jahren vorher für letztere in der Presse und auf Congressen u. s. w. plädirt worden war, zu allgemeiner Anerkennung im Parlamente wie in den Kreisen der Regierung.

Besonders wichtig erschien hier die *Lage der Edelmetallproduction seit 1848/50*. Die enorme Zunahme der Goldproduction ermöglichte nicht nur überhaupt erst, wie schon in unserem ersten Abschnitt bemerkt wurde, die Einführung der Goldwährung und grösserer Goldcirculation in einem neuen Kreise von Ländern: sie schien auch ausdrücklich auf die Zweckmässigkeit einer solchen Maassregel hinzuweisen, um dem neuen Golde das erwünschte Umlaufgebiet zu

verschaffen. Die allgemeine Erhöhung des Wohlstandes und der Preise der Waaren und Dienstleistungen — letzteres die gemeinsame Folge des gesunkenen Geldwerths und des durch die neuen Communicationsmittel bewirkten Ausgleichungsprocesses der niedrigeren mittel- und osteuropäischen mit den höheren westeuropäischen Preisen der Agrarproducte und anderer mehr —, sie wies auf die Zweckmässigkeit eines werthvolleren Geldstoffs als das Silber hin. Der »historische Entwicklungsgang«, mit dem damals wie heute auch freilich etwas zu viel Wesens gemacht wurde, führe vom weniger werthvollen zum immer werthvolleren Geldstoff, von Geld aus unedlen Metallen oder gar aus anderen Stoffen zum Silber-, von diesem zum Goldgelde. Der grosse Aufschwung des deutschen Wirthschaftslebens in den letzten ein bis zwei Menschenaltern, ein wenigstens relativ grösserer als wohl in jedem anderen europäischen Lande, die grosse deutsche Volksvermehrung fordere mehr Umlaufsmittel. Silbergeld sei vielfach zu schwer und zu voluminös, um so leichter dehne sich dabei eine ungesunde Circulation von Staatspapiergeld und Banknoten aus. Das Gold sei aber bereits die gesetzliche Währung der Haupthandelsvölker, der Britten und Nordamerikaner, das Hauptcirculationsmittel in den Ländern der französischen Doppelwährung. Für den Welthandel, für den internationalen Weltverkehr biete das *Gold* und die *Einheit des Währungsstoffs* mit den wichtigsten Culturstaaten der Gegenwart grosse Vor-

theile. Die Silberwährung sei isolirt, die beiden anderen Hauptländer der Silberwährung, Oesterreich und Russland, steckten thatsächlich in der Papierwährung, aus der sie, wenn überhaupt, nur zur Goldwährung übergehen könnten und würden. *Nur auf der Basis der reinen Goldwährung sei überhaupt eine Aussicht auf Verwirklichung der Währungseinheit der europäisch-amerikanischen Culturwelt.* Mit dieser Währungseinheit sei ein grosser, der bedeutendste und schwierigste Schritt zur *Weltmünzeinheit* gemacht, und wenn auch die Staaten noch an nationalen aparten Münzsystemen festhielten, — wie denn die Vorkämpfer unserer Münzreform in einem seltsamen Widerspruch mit sich selbst gerade eine besondere *nationale* Münze verlangten und ja auch bei uns erreicht haben —, so sei mit der blossen Einheit des Währungsstoffs schon viel gewonnen. *Deutschlands Beispiel werde aber bestimmend wirken.* Andere Länder, diejenigen der reinen Silberwährung, der Doppelwährung, der Papierwährung würden ihm bald folgen. So sei *der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung maassgebend für den allgemeinen Sieg derselben in Europa und Nordamerika.* Wenn auch andere Länder, wie die *asiatischen* Reiche, mit Recht nach Lage der Dinge bei der Silberwährung blieben: in *Europa* gelte es die »*Entthronung dieses bisherigen Weltherrschers*«, des *Silbers*, wie einer der Matadore der Goldwährungspartei triumphirend ausrief. — Und diese Argumente, neben minderwich-

tigen mehr, schlugen denn auch durch und wir gingen zur reinen Goldwährung über.

Haben sich nun diese Voraussetzungen, Erwägungen und Hoffnungen richtig erwiesen? Jedenfalls nur *theilweise*, einige und wichtige entschieden *nicht*. Dagegen sind andere Umstände und auch Wirkungen speciell der deutschen Münzpolitik zum Vorschein gekommen, die man meist ganz übersehen, mindestens nicht genügend in Anschlag gebracht hatte.

Die vorhandene und die fortwährend hinzuwachsende Goldmenge der Erde erwies sich doch nicht so ausreichend, als man gedacht. Sie sollte und musste in den Ländern, welche zur Goldwährung übergingen, einen Haupttheil des bisherigen Silbergeldes ersetzen. Aber schon um Deutschland genügend mit Gold zu versorgen, traten Schwierigkeiten ein. Würden die anderen europäischen Länder, würde nur das Gebiet des lateinischen Münzbundes Silber deplaciren und Gold als alleinige volle Währung annehmen, so *fehlte dazu das nöthige verfügbare Gold*. Unerträgliche Geldklemmen wären die Folge, Steigerung des Geldwerths, Sinken der Waarenpreise, der Preise der Immobilien wären in starkem Maasse sicher zu erwarten. Schon jetzt verkünden sich Spuren davon, wo doch nur Deutschland und Scandinavien mit Dänemark allein, und ersteres noch nicht einmal vollständig, das Experiment durchgeführt haben. Die Aenderung der Getreideconjunctur zu Gunsten Nordamerika's hat genügt,

um einen allgemeinen Druck auf den Goldgeldmarkt auszuüben.

Die Goldproduction ist ja immer noch stark, aber die Nachfrage nach Gold, Dank der »Entthronung des Silbers«, ist mehr als genügend, um alles neue Gold zu absorbiren. Neue Goldfelder, selbst grossen Reichthums, können aufgefunden werden, — in Afrika und selbst noch in anderen Welttheilen. Aber, wie das ausgezeichnete Buch von Prof. *E. Süss* in Wien »die Zukunft des Goldes« (Wien 1877) nachzuweisen sucht: das Gold hat aus geologischen, aus rein naturwissenschaftlich-technischen Gründen in Zukunft »keine grosse Zukunft mehr«. Mögen die Schlüsse von Süss etwas zu sehr zugespitzt sein: in ihrem Kern sind sie allem Anschein nach richtig, für kommende Jahrhunderte gewiss praktisch ungleich wichtiger, als für jetzt, aber *unwichtig schon heute nicht*, weniger, als so Viele (Verfasser dieser Zeilen anfangs auch) glauben wollten. Die Thatsachen stimmen damit überein.

Welchen *verhängnissvollen volkswirtschaftlichen und socialen Gefahren* aber ein Land mit einem Gelde steigenden Werths entgegengeht, das kann gar nicht scharf genug betont werden. Herr *Bamberger* rechnet wie ein blosser Geschäftsmann, wie ein auf Werthdifferenzen ausgehender Speculant, wenn er meint: eine Aussicht auf Vertheuerung seines Geldstoffes könne doch für ein Land nichts Abschreckendes haben. Ja, wenn das Land wie ein Speculant seinen theurer gewordenen Geldstoff »mit Gewinn« veräussern und sich

des Profites aus solcher Conjunction freuen könnte! Aber so liegt die Sache nicht. Das Währungsgeld des Landes ist das *Object aller Geldverbindlichkeiten*. Letztere, also *alle Schuldverhältnisse*, behalten nominell denselben Betrag, reell steigen sie an Werth, bez. Last sehr mit steigendem Geldwerth, während die Preise der Waaren, des Grundbesitzes u. s. w. damit fallen. Es stehen also die *bedeutendsten Krisen der Besitzverhältnisse* bei einer solchen Gestaltung der Dinge bevor, eine *Verschiebung aller privaten Vermögens- und Einkommenverhältnisse*, ein *wachsender Druck gleichbleibender Geldsteuern, Schulden* u. s. w. Das sind wahrlich Umstände, mit denen man rechnen muss.

Gegenüber solchen Aussichten bei allgemeinerer Annahme der reinen Goldwährung auch nur in Europa und Nordamerika ist es *noch ein Glück*, dass *Deutschland und Scandinavien schwerlich so bald viele Nachfolger finden*. Gewiss wird *Frankreich* nicht dazu gehören, dessen Silbergeldmenge noch auf $2\frac{1}{2}$ —3 und mehr Milliarden Francs geschätzt wird. Schon der Baarvorrath der Französischen Bank von über 1200 Millionen Francs würde fast unüberwindliche Schwierigkeiten machen. Denn er und das sonstige französische Silber wären grösstentheils auf dem Weltmarkte zu veräussern, und wo ist der Käufer dafür? Selbst zu noch so herabgesetztem Preise? Ebenso wenig können etwa Italien, Oesterreich, Russland jetzt noch ernstlich an die reine Goldwährung denken. Das ist noch ein Glück für Deutschland, wenn dies an seiner

Münzgesetzgebung festhält und die Goldwährung vollends durchführt, denn dann werden jene Gefahren fehlenden Goldes und steigenden Geldwerths immerhin nicht so stark hervortreten, als wenn auch die anderen Staaten dem Beispiel Deutschlands folgten. *Aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass Deutschlands Uebergang zur Goldwährung das Signal für die Annahme der reinen Goldwährung für die ganze Culturwelt sei, wird dann hinfällig.* Und deutlicher kann sich die Irrigkeit einer Maassregel doch nicht zeigen, als dadurch, dass gerade die *Nichterfüllung* einer *wesentlichen* Voraussetzung vorliegen muss, um jene Maassregel in ihren Folgen nicht zu einer *wahrhaft verhängnissvollen* zu machen!

III.

Die Nothwendigkeit einer „Reform“ unserer Münzreform.

Im ersten Abschnitt haben wir nachzuweisen gesucht, dass namentlich drei wichtige Irrthümer bei unserer Währungs- und Münzreform untergelaufen sind: man hat die Menge des einzuziehenden Silbergeldes unterschätzt, man hat die starke Silberentwerthung nicht mit in Rechnung gezogen, man hat die Goldvorräthe der Welt und die für Deutschland und für andere Länder, welche etwa ebenfalls zur Goldwährung übergehen möchten, disponiblen Goldbeträge überschätzt.

Diese Auffassung der Dinge und des Causalzusammenhanges zwischen den einzelnen wichtigen Thatsachen wird allerdings auch jetzt noch in den Kreisen der unbedingten Anhänger der Goldwährung in Deutschland für *unrichtig* gehalten. So hat namentlich *Soetbeer*, dem alle anderen Parteigänger der Goldwährung, auch die parlamentarischen, ziemlich un-

selbstständig folgen, noch jüngst auf dem deutschen Handelstag im November v. J. den alten Standpunkt eingenommen, und auf diesem Handelstage selbst haben 84 gegen 5 Stimmen sich mit Soetbeer einverstanden und für die stricte Durchführung der Münzreform auf der Grundlage der Gesetze von 1871 und 1873 erklärt. Soetbeer selbst hat sich bald darauf in einem Artikel der Wiener »Neuen Freien Presse« über diesen Beschluss geäußert und ihn abermals zu begründen gesucht.

Bereitwillig mag nun dieser von der unsrigen abweichenden Meinung gegenüber zugestanden werden, dass über *so schwierige* Punkte, wie die *sichere Aufdeckung des Causalzusammenhanges* in einer Erscheinung wie der *Silberentwerthung*, noch manches *Einzelne* zweifelhaft bleibt. Wir haben schon oben ausgesprochen, dass eine solche Frage hier nicht auszutragen ist. Für unsere Auffassung haben wir uns auf die ausgezeichnete, ebenso fleissige als scharfsinnige Schrift von Dr. O. Arendt bezogen. Mag nun Soetbeer und mögen die Vertreter der Goldwährung in Deutschland durch eine Beweisführung, wie die Arendt'sche, nicht überzeugt worden sein: immerhin darf doch Verwahrung eingelegt werden gegen eine Darstellung, wie sie Soetbeer noch in neuester Zeit giebt, wenn er z. B. in jenem Artikel der »N. Fr. Pr.« sagt, die Behauptung, dass die deutsche Münzreform und die deutschen Silberverkäufe die so gut wie alleinige Ursache der starken Silberentwerthung seien, werde »immer in

leichtfertigster (!) Weise auf's Neue vorgebracht«, die betreffenden Vorwürfe (gegen unsere Münzreform) würden »künftig (nach ihrer vermeintlichen Widerlegung durch Soetbeer auf dem deutschen Handeltage) als abgethan gelten dürfen«, »sie würden bei Niemandem, welcher die Dinge unbefangen und mit Nachdenken beurtheile, mehr den mindesten Eindruck machen.« Mit solchen absprechenden Worten streut man dem grossen Publikum nur Sand in die Augen. Im *Ausland* ist unter Praktikern und Theoretikern die von uns hier dargelegte Ansicht überwiegend vertreten, in Deutschland findet sie immer mehr Anhänger. Ich selbst, der früher auch mehr der anderen Ansicht huldigte, bin durch die Arendt'sche und durch die Beweisführung anderer Bimetallisten im Wesentlichen überzeugt worden. *Schäffle* hat sich soeben in seinem neuen Werke über Steuerpolitik ebenso ausgesprochen, *Lexis* in Schmoller's neuem Jahrbuch, *Neuwirth* in Conrad's Jahrbüchern stehen im Wesentlichen nicht anders. Es ist mir bekannt, dass andere deutsche Fachmänner nunmehr ebenso urtheilen. Wir sind namentlich der Meinung, dass die neuere Beweisführung Soetbeer's nicht im Stande war, die auf ihn und auf die Partei der reinen Goldwährung gemachten Angriffe zu entkräften. Zugegeben, dass noch *einzelne* strittige Punkte bleiben: mit hohen Worten von oben herab, wie jenen Soetbeer'schen, lassen wenigstens wir uns nicht imponiren. Auch die Autorität des Votums des Handeltages in Ehren. Wer aber weiss, wie in solchen Ver-

sammlungen Voten zu Stande kommen, wie wenige einzelne Handelskammern wirklich über die hinlänglich theoretisch und praktisch gebildeten Personen verfügen, die im Stande sind, eine eigene Meinung in so schwierigen Fragen auf Grund von Studien und von Durcharbeitung des Thatsachen - Materials zu entwickeln, — wie vielmehr regelmässig Voreingenommenheit in solchen Fragen unter den Vertretern der Handelskammern besteht, wer das Alles weiss, dem wird auch jene Resolution des deutschen Handelstages nicht eben sehr imponiren.

Jedenfalls möchten wir andere Kreise bitten, überzeugt zu sein, dass *die Sache des internationalen Bimetallismus mit sehr beachtenswerthen Gründen vertreten wird, dass die Bedenken der reinen Goldwährung in Deutschland von vielen völlig unbefangenen und fachmännisch kompetenten Urtheilern, trotz der Herren Soetbeer, Bamberger u. a. m., anerkannt werden.* Auch die Widerlegung der verschiedenen bimetallistischen Einwände durch Soetbeer gilt wenigstens bei vielen Fachmännern keineswegs für gelungen.

Speciell sei das hier noch einmal in Betreff der Befürchtungen wegen *bevorstehender Knappheit des Goldes* betont. Es wird uns noch neuerdings wieder von Soetbeer vorgerechnet, der in den Culturstaaten gegenwärtig vorhandene Vorrath von Gold in Münzen und in Barren sei mindestens 13 bis 14 Milliarden Mark, gegen weniger als 7 Milliarden um 1847, die jährliche Goldproduction sei immer noch 400 Mill. Mark,

10

allerdings gegen die 50er Jahre zurückgegangen, aber es lasse sich keineswegs für die Zukunft ein weiterer progressiver Rückgang voraussetzen. Ein solcher Goldvorrath sei ein ausreichend solides Fundament, die Crediteinrichtungen würden im Uebrigen den Baargeldbedarf vermindern. Diese Beweisführung ist durchaus nicht so überzeugend. Die weitere Abnahme der Goldproduction erscheint nach der naturgegebenen Technik der Goldgewinnung wahrscheinlich, entspricht allen früheren und auch wieder den neueren Erfahrungen in Californien und Australien. Die Verdoppelung des Vorraths an Goldgeld seit einem Menschenalter (1847) ist ja freilich bedeutend, aber welche Zunahme der Bevölkerung und des Verkehrs weisen seitdem Grossbritannien, Deutschland, vollends Nordamerika, Australien u. s. w. auf! Wie ungemein ist auch der Geldbedarf gestiegen und trotz aller Entwicklung der Creditwirthschaft in weiterem Steigen begriffen! Geht wirklich Nordamerika vollständig zur Goldwährung über, entwickelt sich der Verkehr am Stillen Ocean wie bisher, so bleibt es durchaus fraglich, ob *Europa*, ob *vollends Deutschland* immer auf eine genügende Versorgung mit Gold sicher rechnen kann.

Wenn aber jetzt die Partisane unserer deutschen Goldwährung einfach die Sache so wenden, *als könne jedenfalls Deutschland diesen Schwierigkeiten gegenüber ruhig sein* und sei *viel weniger*, als z. B. *Grossbritannien* (wegen Indiens), *Frankreich* und der *lateinische Münzbund* (wegen der daselbst bereits fühlbaren, der

Doppelwährung zu verdankenden Ueberfüllung mit Silber) und auch als *Nordamerika* (wegen seines Silber-Bergbaues in Nevada) an einer Aenderung der Münzgesetzgebung und an etwaigen Staatsverträgen über das Werthverhältniss von Gold und Silber interessirt, — so wird hier *entschieden der wahre Sachverhalt unrichtig dargestellt*. Denn an eine *isolirte* Goldwährung Deutschlands, nur neben England, hat man eben früher *nicht* gedacht, sondern, wie im zweiten Abschnitt dargelegt wurde, gerade die *Aussicht*, im *Golde* den *allgemeinen Währungsstoff der Culturvölker* zur eigenen Währung zu wählen, war *für unsere Münzreform mit maassgebend*. Auch eine solche isolirte Goldwährung unterliegt aber aus den erörterten Gründen dem Bedenken, dass Goldknappheit und steigender Geldwerth eintritt. *Wir besitzen indessen die reine Goldwährung ja noch gar nicht*, sondern haben, zwar nur die *letzten*, aber doch immerhin *noch recht schwierige* und *kostspielige* Schritte zur Erreichung dieses Zieles zu machen: den Verkauf von 4—500 Millionen Mark Silber und den Bezug von neuem Golde dafür aus dem Auslande. Das ist doch um so mehr noch einmal ernstlich zu überlegen, als man die Erreichung des Ziels, die Goldwährung, gar nicht mehr so unbedingt wünschenswerth nennen kann. Die Unvermeidlichkeit aber endlich, im System der Goldwährung, neben den umlaufenden Goldmünzen für die grösseren Umsätze, den *Klein- und Mittelverkehr* dennoch mit Münzen aus dem »entthronten« Metall, aus *Silber* zu speisen, hat

auch hier schon bei uns *sehr bedenkliche Zustände* geschaffen, die bei voller Durchführung der Goldwährung und weiterem Sinken des Silberpreises gegen Gold nur noch *gefährlicher* zu werden drohen.

Manche Heisssporne der Goldwährungspartei — am Weitesten ging hierin auf dem jüngsten volkswirtschaftlichen Congress Dr. *Hertzka* aus Wien — geriren sich immer so, *als ob das Silber überhaupt den Verkehrsbedürfnissen eines höher civilisirten Volkes gar nicht mehr entspreche*. Sie klagen über die »*Last*« des Silbergeldes im Portemonnaie, indem sie, wie so oft in wirtschaftlichen Dingen, ganz einseitig vom Standpunkte der »oberen Zehntausend« die Sache auffassen. In Oesterreich hat die lange Papiergeldwirtschaft es in den letzten Jahren zu Wege gebracht, dass die neu auftauchenden Silbergulden (wie aus einer Art Coquetterie möchte man sagen!) in gewissen Kreisen fast in Verruf gethan wurden. Wie ist denn aber die Sachlage auch bei der Goldwährung? Die *ungeheuere Masse der täglichen kleinen Umsätze von einigen 90 pCt. der Bevölkerung bewegen sich in einer Werthhöhe im einzelnen Fall, die gar nicht durch Goldmünzen dargestellt werden kann*. Auch die »oberen Zehntausend« haben täglich eine Menge kleine Zahlungen zu machen, für deren Bewerkstelligung es des Silbergeldes *unbedingt* bedarf. Mit der Goldmünze kann man bei uns schwer unter einen Werthbetrag von 10 *M.* heruntergehen. Das goldene Fünfmarkstück ist ebenso unbequem nach unten, wie das silberne plumpe Fünfmark-

stück nach oben. Die »Natur der Dinge«, der hohe specifische Werth von Gold nöthigt also unter allen Umständen, für die Theilungen des Goldstücks Silber als Münzstoff zu wählen. Hier zeigt sich aber nun, dass *die wenigstens relative Stabilität* des Werthverhältnisses von Silber zu Gold auch für das System der Goldwährung in hohem Maasse wünschenswerth, ja nothwendig ist, um nicht grosse Wirren des Münzwesens zu riskiren.

Unvermeidlich muss man nämlich auch hier zunächst eine *bestimmte Werthrelation* zu Grunde legen, nach welcher die Silbermünze geprägt wird. Aber während man *im System der Doppelwährung Garantien* schafft, welche wenigstens annähernd die Uebereinstimmung der gesetzlichen und der Relation im freien Verkehr verbürgen, *fehlen solche Garantien völlig im System der Goldwährung*. Eine stärkere Veränderung zu Gunsten oder zu Ungunsten des Silbers führt dann nothwendig zu Missständen. Das zeigt sich gerade in den letzten Jahren im deutschen Münzwesen.

Wir prägen nach unseren neuen Gesetzen 10 *M.* Reichssilbermünzen pro Kopf nach der Relation von 13.95 : 1, d. h. aus einem Pfunde feinen Silbers 100 Mark, statt bloss 90 *M.*, wie es dem für die Umrechnung der Geldschulden entsprechenden Verhältniss von 15.5 : 1 und dem früheren Thalermünzfuss gemäss sein würde. Auch bei dieser Relation von 15.5 : 1, die mittlerweile sich für Silber so sehr verschlechtert hat — 18 : 1 u. s. w. — sind unsere neuen Silbermünzen

also von vornherein um 10 pCt. entwerthet, d. h. das Markstück ist nicht wirklich 1 *M.* Gold, sondern nur $\frac{9}{10}$ *M.* Gold werth. Eine solche *grundsätzliche Minderwerthigkeit* der Silbermünze oder mit anderen Worten die *Ausprägung aller Silbermünzen als eine Art Scheidemünze* ist bei der Goldwährung aus einem ganz *entscheidenden Grunde geboten* und besteht deshalb auch in England. Sie muss nämlich *davor schützen*, dass bei einer etwaigen Steigerung des Silberwerthes gegenüber Gold im Weltverkehr die Silbermünze eingeschmolzen, exportirt und der Verkehr des unentbehrlichen Geldes zur *Bewerkstelligung der kleinen Umsätze beraubt* werde. Jene Relation von 13.95 : 1 schützt uns hiervor, so lange im Weltverkehr Silber nicht etwa noch mehr gestiegen wäre. Indem man einige bekannte Cautelen der Scheidemünzpolitik anwendet — die Silbermünze nicht frei auf Verlangen der Privaten prägt, sondern sie in einer fest beschränkten Menge hält, bei uns jetzt 10 *M.* pro Kopf, sie nur für einen kleinen Werthbetrag zum gesetzlichen Zahlungsmittel macht, bei uns bis zu 20 *M.*, sie auf Verlangen der Besitzer an öffentlichen Kassen gegen Goldmünze einlöst, wie ebenfalls bei uns in Beträgen von mindestens 200 *M.*, — garantirt man auch *unter ruhigen Verhältnissen* ziemlich sicher den festen Cours der Silbermünze, d. h. ihren höheren Nennwerth trotz des geringeren Metallgehalts. Allein die Lage ist doch hier schwieriger und ungünstiger, als bei der gewöhnlichen Scheidemünze im System der Silberwährung oder der Doppelwährung, und

auch als bei der wirklichen Scheidemünze, unserer heutigen Nickel- und Kupfermünze, im System der Goldwährung.

Von *solcher* Scheidemünze braucht man doch relativ nur kleinere Beiträge. Wir dürfen gesetzlich an Nickel- und Kupfermünze $2\frac{1}{2}$ *M.* pro Kopf prägen, was ca. 110 Millionen Mark ergäbe. Aber wir haben schon bei 44.76 Millionen Mark im Jahre 1877, also bei ca. 1 *M.* pro Kopf, innegehalten, weil der Verkehr gesättigt schien. An Silbermünzen, die als Theilstücke zwischen der Scheidemünze und der Goldmünze dienen, haben wir mit 10 *M.* pro Kopf oder den bisher geprägten ca. 427 Millionen Mark kaum genug, trotzdem wir goldene Fünfmärkstücke münzten und Reichspapiergeld in Fünfmarkscheinen ausgegeben haben. In *normalen, ruhigen* Verhältnissen bietet eine so grosse Summe minderwerthiger Silbermünze auch *kaum* Gefahren. *Aber ganz anders wird das in unruhiger Zeit, daher vor Allem in Kriegszeit.* Da beginnt man auf den geringeren Metallgehalt der Silbermünze zu achten, die *Speculation* bemächtigt sich nur zu leicht der Sache, es zeigt sich ein Agio für Gold, ein Disagio für Silbermünze, den öffentlichen Kassen strömen die Silbermünzen zur Einlösung zu, aber *diesen Kassen fehlen die Goldvorräthe zu diesem Zwecke.* Mancher »praktische Freund der Goldwährung« operirt dann als Valuta-Speculant und die *Zerrüttung des Geldwesens beginnt.*

Natürlich ist eine solche Gefahr *um so grösser, je*

höher der Betrag der *ausgegebenen Silbermünze*, je *stärker* die *Minderwerthigkeit derselben* ist und je *leichter* ein Land in *politische Verwicklungen* und dergl. geräth. Deshalb würde es auch sehr bedenklich sein, wenn der Plan, die Reichssilbermünze noch zu vermehren, verwirklicht würde. Allerdings spricht Manches dafür, dass wir noch mehr Münze in der Werthgrösse von 1 oder 2 *M.* bedürfen, und die Goldpartei hat denn auch die Verlegenheiten, das eingezogene Silber zu veräussern, durch eine *Vermehrung* der neuen Silbermünze bekämpfen wollen: von ihrem Standpunkte aus vollends ein bedenklicher Vorschlag. In ruhiger Zeit mag sich das machen lassen. Aber wenn wir z. B. in einen neuen Krieg mit 540 Mill. Mark Silbermünze (12 *M.* pro Kopf) treten, die schon nach dem Gesetz 10 pCt., nach dem jetzigen gesunkenen Silberwerth aber 25 pCt. minderwerthig ist — das Markstück also nur ca. 75 Pfennig Goldwerth, — woneben noch 156 Millionen Mark Reichskassenscheine existiren, für die das Reich auch die stete Einlösung in vollwerthigem Geld versprochen hat, ohne letzteres dafür irgend disponibel zu haben, — dann sind die *traurigsten Geldwirren fast gewiss*. Unsere, verglichen mit England, soviel unsicherere politische Lage in der Mitte Europa's ist hier auch ein zu beachtender Factor.

Die unerwartete starke Entwerthung des Silbers hat aber auch schon jetzt den Zustand der Reichssilbermünze

kaum mehr haltbar gemacht. Lässt sich im System der Goldwährung für Silbermünzen von 1 und 2 *M.* — das Fünfmarkstück ist schlechterdings ganz verwerflich — eine Minderwerthigkeit von 10 pCt. allenfalls noch rechtfertigen: für eine solche von 25 pCt. fehlt jede Rechtfertigung. Bleibt wirklich, wie die Anhänger der Goldwährung meinen, Silber auf seinem niedrigen Stande, dann müsste *baldigst, vor* einer etwaigen neuen politischen Krisis, an eine *völlige Reform unserer neuen Reichssilbermünze* gegangen werden, *grade* wenn wir bei dem gesetzlich angenommenen System der Goldwährung bleiben. Im *jetzigen* Zustand liegt eine *enorme Prämie für die Nachahmung* dieser Münze, die sogar mit grossem Gewinn noch besser als die offizielle Silbermünze von Privaten hergestellt werden könnte. Ein seltsamer Zustand, in den wir hineingerathen sind!

Angesichts dieser *völlig unleidlichen Verhältnisse* unserer neuen Silbermünzcirculation will denn auch der Einwand der Goldpartei, man solle doch an dem eben der Vollendung entgegengehenden Bau nicht schon von Neuem rütteln, wenig besagen. *Der Bau droht in jeder grossen Krise zusammenzubrechen* — und muss unter allen Umständen, so lange es Zeit ist, auch wenn wir bei der Goldwährung im Uebrigen bleiben, eine *tiefgreifende Reparatur* erleiden: eine »*Reform unserer Münzreform*« ist auch in diesem Falle, ja *grade in diesem Falle* geboten. Gelingt es dagegen unter unserer Mitwirkung durch internationale münz-

politische Maassregeln den Silberpreis wieder erheblich, womöglich auf den früheren Stand, zu erhöhen, dann sind wir *dieser* Nothwendigkeit, unsere neue Silbermünze zu reformiren, wenigstens theilweise ent-
hoben und ersparen dabei an Kosten bedeutend.

IV.

Quid faciamus nos!

Das *Ergebniss* unserer vorausgehenden Erörterungen lässt sich kurz dahin zusammenfassen: es sind *erhebliche thatsächliche Irrthümer bei unserer Münzreform untergelaufen*; das *erstrebte Ziel der reinen Goldwährung hat sich nicht nur viel schwerer erreichbar gezeigt, als früher auf irgend einer Seite vorausgesetzt wurde, wir sind auf dem Wege nach diesem Ziele auch ganz gegen unser Erwarten ziemlich allein geblieben (denn die Nachfolge Skandinaviens allein genügt doch nicht) und das Ziel selbst hat sich immer weniger als richtig und als erstrebenswerth erwiesen; die Münzverhältnisse endlich, welche wir auf dem bisherigen Wege herbeigeführt haben, lassen sich nicht als dauernd haltbar bezeichnen und verlangen für sich selbst wieder eine Reform, grade wenn wir das Ziel unserer Münzgesetzgebung von 1871 und 1873 festhalten und die weiteren Schritte zur vollen Erreichung desselben thun.*

Was wird unter diesen Umständen seitens der

praktischen Währungs- und Münzpolitik geschehen müssen?

Von dem doch nur ganz vereinzelt aufgetauchten Plan einer völligen Rückkehr zur alten reinen Silberwährung sehen wir ab. Alsdann sind es im Wesentlichen *drei Vorschläge*, von drei Parteien vertreten, welche in Erwägung kommen.

Von der *einen* Seite wird die Parole: »*Abwarten*« und »*vorläufig den Status quo erhalten*« ausgegeben. Auf diesem Standpunkte scheint — oder schien wenigstens vorigen Winter bei der Münzdebatte am 24. Februar 1880 im Reichstage — die *Reichsregierung* zu stehen. Daher: *vorläufige Sistirung der weiteren Silbereinziehungen und Silberverkäufe*, namentlich auch mit Rücksicht auf die *finanziellen Verluste*.

Von der *zweiten* Seite, derjenigen der *unbedingten Anhänger der reinen Goldwährung und unserer Münzgesetze*, wird die *rasche und energische Durchführung* der begonnenen und ja in der That zu einem grossen Theil bereits bewerkstelligten Münzreform verlangt. Daher *baldige Wiederaufnahme der Silberthaler-Einziehung und Verkauf des Silbers* nach dem sich bietenden Preise; *Bezug von Gold* dafür aus dem Auslande; *baldige Ausführung des Reichsgesetzes vom 6. Januar 1876*, wonach die Thaler der Reichssilbermünze gleichgestellt, also nur für Zahlungen bis zu 20 *M.* als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt und an Reichskassen auf Verlangen gegen Gold eingelöst werden sollen, — was natürlich eine vorherige Verminderung

der Thaler auf einen »ungefährlichen« Gesamtbetrag voraussetzt; endlich nur eventuell, zur Erleichterung der Beseitigung der Thaler und zur besseren Befriedigung des Bedarfs des Verkehrs an kleinem Silbergelde, — eigentlich ein Verlegenheitsvorschlag der Goldpartei, im Widerspruch mit der sonstigen Münzpolitik derselben — eine *erhöhte Ausprägung von Reichssilbermünze*, besonders in 1- und 2-Markstücken, jedenfalls gemäss der gestiegenen Volkszahl, was jetzt, gegenüber 1875, auch bei der gesetzlichen Norm von 10 *M.* pro Kopf, eine Vermehrung um ca. 23 Millionen Mark, oder bei einer Erhöhung dieser Norm auf 12 *M.* um ca. 113 Millionen Mark gestattete. Dadurch fände ein noch nicht realisirter Silberbarrenbetrag aus den früheren Einziehungen (ca. 340 000 Pfd. Silber) sofort seine Unterkunft und der Betrag der noch einzuziehenden Thaler verminderte sich im Verhältniss, also wohl von 420—470 auf 330—380 Millionen Mark. Der Verlust aus der Veräusserung dieser beiden Posten — ungefähr zum jetzigen Londoner Silberpreise (circa 52 Pence) — wäre dann noch etwa 15 pCt. oder ca. 54—60 Millionen Mark. Diese Maassregeln vertraten auch die beiden Parteiversammlungen, der volkswirtschaftliche Congress und der deutsche Handelstag, im letzten Herbst in ihrer grossen Majorität.

Von *dritter* Seite endlich, zu der sowohl die *unbedingten internationalen Bimetallisten*, als auch *manche Andere* gehören, die das Ziel der reinen Goldwährung und die sich dabei ergebenden Münzzustände für

Deutschland jetzt für bedenklich halten, den bimetallistischen Gründen Gewicht beilegen, aber über die *Möglichkeit* internationaler Währungsverträge doch noch nicht ganz die Zweifel verloren haben, — von dieser Seite wird wenigstens die *Vorbereitung praktischer Schritte in Betreff solcher Verträge* verlangt. Zu dem Zwecke könnte etwa zunächst eine *amtliche*, bei uns eine *Reichsenquête* erfolgen, um nach nochmaliger Prüfung aller einschlägigen Thatsachen und Verhältnisse sich über ein *festes Programm* zu einigen, welches den weiteren Weg vorzeichnete. Sollte sich hier, was allerdings auf dieser Seite nicht erwartet wird, aber doch im Interesse allseitiger Unbefangenheit und Billigkeit mit erwogen werden muss, die *Unrichtigkeit* der bimetallistischen Tendenzen oder doch die *Unthunlichkeit* und *Unausführbarkeit* betreffender Staatsverträge ergeben, so wäre ja der Weg der Goldwährungspartei auch von dieser Seite aus als richtig anerkannt. Sollte umgekehrt, wie wir es vermuthen, eine solche Enquête die bimetallistische Beweisführung unterstützen, so würde sodann von der deutschen Reichsregierung den nächstbetheiligten fremden Regierungen, daher besonders der nordamerikanischen, der französischen und italienischen und auch der britischen, die Bereitwilligkeit zu erklären sein, sich an internationalen Münzconferenzen bimetallistischer Tendenz zu betheiligen. Dann würde ja freilich erst der praktische Beweis zu liefern sein, ob Währungsverträge überhaupt und unter welchen Staaten sie sich ver-

wirklichen liessen. Ein discutables Programm für solche Verträge hat die Schrift von *Arendt* bereits entworfen.

Den *Vorschlag einer solchen Enquête* betrachte ich allerdings mehr als eine *Concession an die Gegner*, an die Goldwährungspartei, denn als etwas gegenwärtig noch unbedingt Nothwendiges. Nach meinem Dafürhalten, nach allen neuen Erfahrungen und der vielfältigsten Discussion der Thatsachen und Probleme, wobei ich ausser auf *Arendt's* Schrift, die die erste Stelle behauptet, namentlich auf die neuesten kritischen Arbeiten von *Lexis* und *Neuwirth* und auf *Schäffle's* Erörterungen hinweise, ist die Sache *spruchreif* und das *Verdict gegen* die reine Goldwährung, wie sie unsere Münzgesetze von 1870 und 1873 bezielen, zu fällen. Ich würde daher kein Bedenken an einer *unmittelbaren* Betheiligung des Deutschen Reichs an internationalen Conferenzen bimetallistischer Tendenz sehen, auch *ohne* dass man vorher noch einmal eine amtliche speciell deutsche Enquête anstellt. Mein bezüglicher Vorschlag einer solchen Enquête auf dem volkswirthschaftlichen Congress im October 1880 war wesentlich als eine solche Concession an die Goldpartei gemeint, ohne freilich bei den Gegnern auch nur in dieser Hinsicht Verständniss zu finden.

In Uebereinstimmung mit der deutschen Goldpartei möchte ich mich nun zunächst *gegen* die Parole »Abwarten« erklären. Eine solche Politik ist ja freilich bequem, man vergiebt sich damit auch dem Aus-

lande gegenüber nichts, und ohne Zweifel liegt die Sache augenblicklich so, dass kein Staat recht die Initiative für bimetallistische Verträge ergreifen und dadurch den Anschein erregen möchte, als seien seine Währungs- und Münzverhältnisse solcher Verträge besonders bedürftig. Die diplomatische Tactik spielt hier mit. Aber einerseits täuscht man durch solche diplomatische Reserve doch Niemanden, und andererseits gestattet der heutige Zustand unseres Geld- und Creditwesens ein längeres Abwarten in unserem eigensten Interesse in der That nicht. In diesem Punkte kann ich auch *Lexis* nicht ganz beistimmen, wenn er, obgleich ebenfalls für ein Transigiren mit dem Bimetallismus plädirend, meint, »der gegenwärtige Zustand der Dinge könne aufrecht erhalten werden, ohne dass grössere Inconvenienzen auftreten, als auch bei dem Versuch der Fortsetzung der Silberverkäufe zu erwarten wären.« Mir scheint, dass der jetzige Zustand unseres Geld- und Creditwesens schon in *politisch ruhigen*, in *Friedenszeiten*, *grosse Bedenken* hat und in gewissen Perioden zu *erheblichen Störungen* führt. In *politisch unruhigen*, in *Kriegszeiten*, droht er aber *wahrhaft verhängnissvoll* zu werden.

Sehen wir von der *Nickel-* und *Kupfermünze* ab, die, als *eigentliche Scheidemünze* in mässigem Betrage ausgegeben, kaum Verlegenheiten bereiten kann. Auch von dem sog. »*ungedeckten*«, d. h. nicht mit *Metallgeld* gedeckten Theil unserer *Reichsbank-* und *sonstigen Banknoten* will ich hier nicht reden. Einmal ist der

Betrag derselben nicht so hoch, sodann aber sind diese Banknoten alle solid durch *Wechsel* und indirect durch das *Stammkapital* der Banken gedeckt. Das wird von den einseitigen Gegnern der Banknote meist nicht gebührend gewürdigt. Und doch lehrt die Geschichte, selbst der Französischen Bank in den unerhörten Katastrophen von 1848 und 1870, dass gute Bankwechsel zwar momentan einmal unbezahlt bleiben können, aber immer bald eingelöst werden und schliesslich fast keine Verluste bringen. Von dieser Seite der »ungedeckten« Banknoten drohen uns kaum ernstliche Gefahren: vielmehr von Seite der »gedeckten«, weil, Dank dem Zustande unseres Geldwesens, die »baare Deckung« eine *ungenügende Qualität* besitzt.

Wir haben jetzt 427 Millionen Mark *Reichssilbermünze*, die 25 pCt., ca. 500 Millionen Mark *Silberthaler*, die 15 pCt. weniger Metallgehalt haben, als ihrem heutigen Nennwerth nach Goldmark entspricht, also ca. 927 Millionen Mark minderwerthiges Silbergeld, selbst wenn die Thaler etwas zu hoch veranschlagt sein sollten 20 *M.* pro Kopf der Bevölkerung. Dazu kommen ca. 156 Millionen Mark *Reichskassenscheine*, ohne Zwangscurs, nominell auf Verlangen des Inhabers täglich gegen vollgiltiges Geld (also vorläufig auch durch Thaler, wenn es an Gold fehlen sollte) an Reichskassen einlösbar. Aber *das Reich hat dafür gar keine disponiblen Fonds*. Man hat mitunter auf den Reichskriegsschatz von 120 Millionen Mark hingewiesen, — der Betrag, auf den durch langsame

Einziehungen bis 1890 die Reichskassenscheine allmählig vermindert werden sollen. Aber jener Kriegsschatz in Spandau ist kein Einlösungsfonds, hat mit den Reichskassenscheinen nicht das Mindeste zu thun und dient ja ganz bestimmten Zwecken, der Mobilmachung u. s. w. Die Reichsbank ist mit der Einlösung dieser Scheine betraut und nimmt sie in Zahlung an. Dafür liegen auch meist einige 40 Millionen Mark davon in der Bank, nominell in einer Hinsicht zum Baarfonds gehörend, reell die Mittel der Bank pro tanto schwächend und die Notenemission um so viel vermehrend, ein permanenter, nichts weniger als erwünschter ungedeckter unverzinslicher Credit der Bank an das Reich. Wie würden diese Scheine, vollends die grossen 50-Markscheine, erst in einer politischen Krisis zur Bank strömen! Einschliesslich der 156 Mill. Mark Scheine also ca. 1080 Millionen Mark *reines* oder *partielles Creditgeld*! Auf den Kopf 24 *M*! Sind wir mit diesem Zustand nicht der »Papiergeldwirthschaft« näher, als je bei der ehemaligen Silberwährung?!

Diesen 1080 Millionen Mark (*ohne* Nickel- und Kupfermünze) stehen — *wie viel Goldmünzen der Reichswährung gegenüber?* Vom Reichskriegsschatz abgesehen, der ja jetzt ausserhalb der Circulation ist, *schwerlich über 1400 Millionen Mark, vielleicht noch weniger*. Bei dieser Ziffer ist nur ein Abfluss ins Ausland und eine Einschmelzung von c. 200 Millionen Mark angenommen. Auf der Gegenseite muss man freilich auch an die fremden Goldmünzen in Deutschland denken. Also

ca. 2500 Millionen »Geld« (ohne die Banknoten) und davon nur ca. 56 pCt., *wenig über die Hälfte, vollwerthig!*

Natürlich leidet unter diesem Zustande vor Allem die *Reichsbank*. Sie veröffentlicht bekanntlich nicht, wie sich Gold und Silber (und hier weiter die Thaler und die Reichssilbermünze) in ihrem Metallvorrath — neuerdings ca. 550—580 Mill. Mark — vertheilen. Der Goldbetrag wird beträchtlich schwanken, ist jetzt wohl wieder höher, als vorigen Herbst, aber ob er durchschnittlich auch nur ca. $\frac{3}{5}$ dieser Summe oder ca. 300 bis 350 Millionen Mark erreicht? Man hat öfters schon vermuthet, er sei viel kleiner. Jedenfalls drohen bei diesem Zustand der Dinge, sobald die fremden Wechselcourse ungünstig stehen, beständig *empfindliche Discontoerhöhungen*, die das reelle Geschäft belasten und erschweren, ohne dass ihr Erfolg immer sicher ist. Auch *häufigere Aenderungen des Bankdisconts* werden durch diese Sachlage mit veranlasst und sind vom Uebel. Die Verhältnisse im letzten Herbst haben gezeigt, wie penibel die Lage der Bank infolge unserer Münzzustände wird.

Diese Umstände sind erheblich genug, um die Fortdauer des jetzigen Zustandes des Münzwesens auch in Friedenszeiten als recht bedenklich erscheinen zu lassen. Nun aber vollends unruhige, gar Kriegszeiten! Unsere geographische Lage, unser politisches Verhältniss zu den grossen Nachbarmächten im Westen und Osten nöthigt uns einmal auch hier im Geld- und Credit-

wesen zu grösserer Vorsicht. Wir dürfen nicht so ungestraft thun, was etwa Nordamerika, auch England wagen können. Bleibt der Status quo im Geldwesen, so riskiren wir im nächsten Kriege *schon im Beginn*, auch wenn der Sieg wieder unseren Fahnen folgt, eine *zerrüttete Valuta*, mit allen ihren *verheerenden wirthschaftlichen* und — *politischen Folgen*.

Daher: *lieber unbedingt den letzten Schritt zur Durchführung der Goldwährung bald machen, die halbe Milliarde Silberthaler gar abstossen und Gold dafür kaufen, als längere Erhaltung des Status quo*. Die *finanziellen Verluste* sind in dieser Frage *nicht der entscheidende Punkt*. Darin stimme ich der Goldpartei bei. Ein Abwarten aus finanziellen Gründen hätte doch überhaupt nur Sinn, wenn *ohne* eine principielle Aenderung der deutschen Währungs- und Münzpolitik eine *Steigerung* des Silberpreises in Aussicht stände. Das Festhalten an unseren Münzgesetzen wie das Abwarten war bisher für das Ausland (lateinischer Münzbund, Nordamerika) ein Grund zu ähnlicher »abwartender« Politik. Ich fürchte, wir gefährden uns dabei am Meisten.

Sollen wir aber deshalb unbedingt die Wege der deutschen Goldwährungspartei wandeln? Meines Erachtens: *Nein*, aber *allerdings Ja* für den Fall, dass *eben nicht die oben besprochene bimetallistische Richtung verfolgt wird*. Die baldige Durchführung unserer Münzgesetze ist besser, als die Andauer des jetzigen, keine Partei befriedigenden Zustandes. Aber, wie in den

früheren Abschnitten gezeigt wurde, die Lage unserer Reichssilbermünze, eine Unterwerthigkeit von 25 pCt. beim heutigen, ohne Aenderung der deutschen Münzpolitik schwerlich steigenden Silberpreise, ist *unerträglich*. Eine natürlich auch sehr kostspielige Umprägung dieser Münze wäre nothwendig, — wenn man den Werth der letzteren von 75 auf 90 pCt. Goldwerth wie nach unserem Gesetz von 1873 erhöhen wollte, kostete das circa 60 bis 65 Millionen Mark! — und wäre doch gegenüber weiterem Sinken des Silbers nicht einmal ein endgiltiges Hilfsmittel. Die reine Goldwährung Deutschlands bliebe aber vereinzelt, da unsere Nachbarn sie nicht annehmen können, und sie böte jene geschilderten Gefahren steigenden Geldwerths, häufiger Geldkrisen u. s. w.

So bleibt für mich der *dritte der obigen Wege der zu bevorzugende*: eventuell eine *amtliche Untersuchung der Währungsfrage* und danach oder auch ohne eine solche sofort einleitende Schritte zur *Anbahnung internationaler vertragsmässiger Doppelwährung*, oder mindestens, wenn dies doch noch misslich oder zu schwierig und verfrüht erscheint, zur *Anbahnung internationaler Verträge über einige Punkte der inneren Währungs- und Münzpolitik*.

Ich zweifle allerdings mit der Goldpartei, ob *England* gegenwärtig oder in absehbarer Zeit für wirkliche weltvertragsmässige Doppelwährung zu gewinnen sei. Da ich die von Amerika her, mitunter auch in Deutschland (von Kardorff) empfohlene pessimistische

Politik nicht billigen kann, nämlich die Goldwährung bei uns und in den Vereinigten Staaten um jeden Preis durchzuführen und Silber ganz zu demonetisiren, um durch die dann erst zu erwartende noch ärgere »*Silbernoth*« England und andere Anhänger der reinen Goldwährung von ihrem Vorurtheil zu heilen, da ich vielmehr glaube, dass wir uns mit solcher Politik zu sehr ins eigene Fleisch schneiden, kann ich mich mit derartigen Vorschlägen nicht einverstanden erklären. Wohl aber glaube ich, dass von England feste Garantien für Aufrechterhaltung der freien Silberprägungen in Indien zu erlangen wären, — kein unwichtiger Punkt. Auch erscheint es nach neueren competenten Stimmen aus dem Lager der britischen Goldpartei selbst nicht unmöglich, dass England eine Reform seiner Silbermünzen — Erhöhung des Silbergehalts derselben, was ohnehin bei dem jetzigen Stand des Silbers nothwendig erscheint, und einige Vermehrung der Silbermünze — zugestände. Im Uebrigen möchte ein Vertrag zunächst zwischen *Deutschland*, dem *lateinischen Münzbund* und den *Vereinigten Staaten* — unter Vorbehalt des Beitritts anderer — *auch mächtig genug sein, um trotz Englands Fernbleiben jene Aufgabe einer annähernden Stabilität der Werthrelation zwischen Gold und Silber den Schwankungen der Production und den Verhältnissen des Weltverkehrs gegenüber zu lösen, eine Aufgabe, welche Frankreich allein 70 Jahre lang gelöst hat.* Jene Länder umfassen 170 Millionen Bewohner. Mit jeder Ausdehnung des Weltbundes, wie der Ame-

rikaner *Walker* gut gezeigt hat, vermindert sich aber der Spielraum einer auf Differenzen zwischen der gesetzlichen und der Verkehrsrelation der Edelmetalle begründeten Valutaspeculation und damit auch die Gefahr einer Störung des Bimetallismus.

Hinzustreben wäre jedenfalls auf Wiedererreichung der alten Relation von 1:15.5, — nicht, wie man thörichter Weise den Bimetallisten untergelegt hat, weil diese Norm die »natürliche«, durch eine Art mystischer Bestimmung sanctionirte ist, sondern weil sie einmal im lateinischen Münzbunde so lange bestanden hat, einigermassen zur Weltnorm von Anfang des Jahrhunderts bis in den Beginn der 70er Jahre geworden und auch bei uns im Münzgesetz von 1871 der Reduction aller Geldverbindlichkeiten zu Grunde gelegt worden ist. Diese entscheidenden Gründe für die Norm von 15.5:1 übersieht seltsamer Weise Soetbeer, der bei seinen neuesten Concessionen an die bimetallistische Idee meint, ein Bimetallismus auf dieser Relation habe von vornherein gar keine Chancen, namentlich auch in England nicht. Man müsse vielmehr die ungefähre Relation zur Zeit des Vertragsschlusses zu Grunde legen. Die Silberbaisse war auch zu kurz, um auf die Preisgestaltung der Waaren und auf den durchschnittlichen Geldwerth bereits einen so entscheidenden allgemeinen Einfluss auszuüben. Gelingt eine internationale Vereinbarung über wirklichen Bimetallismus oder auch nur über einige, für die Werthrelation der edlen Metalle entscheidende wesentliche Punkte der

inneren Münzpolitik der Vertragsstaaten, so ist einer der Zwecke solcher Verträge ja gerade der, den künstlichen Coursdruck, der durch die Herabdrückung des Silbers zur blossen Handelswaare bewirkt worden, durch »*Wiedereinsetzung des Silbers in den vorigen Stand*«, in seine volle Geldfunction, wieder rückgängig zu machen.

Angesichts der heutigen Werthrelation von 1:18—18.2 und der jetzigen Verhältnisse der Münzcirculation in Deutschland und in den zunächst zu betheiligenden anderen Ländern, besonders in Frankreich, müsste nun allerdings auch bei voller ins Auge gefasster vertragsmässiger internationaler Doppelwährung, daher bei späterer voller Prägefreiheit für alle, als allgemeines gesetzliches Zahlungsmittel dienenden Gold- und Silbermünzen (also nur mit Ausschluss der eigentlichen silbernen *Scheidemünze*) nach der Norm von 1:15.5, zunächst ein *Uebergangszustand für die Silberprägungen* vereinbart werden. Nur *beschränkte* Prägungen dieses Metalls wären für diese Uebergangsperiode zulässig, anderseits aber auch eine gewisse *minimale* Prägung von Silber, eventuell auf Staatsrechnung, wie z. B. in der amerikanischen Blandbill (2—4 Mill. Doll. monatlich) *nothwendig*.

Für *Deutschland* genügte jedoch eventuell vielleicht für das Erste die Zusage an die anderen vertragschliessenden Staaten, *definitiv auf die weitere Einziehung und Veräusserung der Thaler zu verzichten*, diese vielmehr als *gesetzliches Zahlungsmittel im Umlauf zu*

lassen. Nur eine *Umprägung* in 4-Markstücke, zur besseren Eingliederung ins Decimalsystem, nach der Relation von 15.5 : 1 (90 *M.* pr. 1 Pf. f. S.), wäre zu ventiliren. Dieselbe hat zwar Manches für sich, aber erscheint auch nicht einmal durchaus für den Zweck geboten. Dagegen liesse sich — auch eine Concession an die Goldpartei — die vertragsmässige Verpflichtung zur Wiederaufnahme weiterer, also *vermehrter* Silberprägungen wohl vermeiden. Ein solches Vorgehen hat zuerst *Arendt* befürwortet und *Lexis* schliesst sich dem an. In diesem Falle kann doch vollends von der seitens der Goldpartei stets prophezeiten »Verdrängung des Goldes« bei uns keine Rede sein. Es müsste dann nur das wohl etwas übereilte und bisher ja ein todter Buchstabe gebliebene deutsche Gesetz vom 6. Januar 1876, wonach der Bundesrath die Thaler zur Münze mit bedingter gesetzlicher Zahlkraft (bis 20 *M.*) erklären kann, aufgehoben werden. Dagegen hätten sich die anderen Vertragstaaten, also namentlich der lateinische Münzbund und Nordamerika, unter einander und Deutschland gegenüber zu verpflichten, während einer Uebergangszeit, d. h. bis zu der erstrebten Wiederherstellung der Werthrelation von 1 : 15.5, einen gewissen *Minimalbetrag* Silbercourantmünze zu prägen (*Arendt* schlägt die Aufrechthaltung der Ziffer der Blandbill in Amerika und die Summe von 20 Mill. Fr. monatlich für den lateinischen Münzbund vor). Später sollte aber in beiden Gebieten unbeschränkte Silber-

prägung für Private nach der Relation von 1 : 15.5 eintreten.

Wenn man gezweifelt hat, ob Deutschland mit solchen geringeren Concessionen die anderen Staaten zu der ja auch in unserem Interesse gelegenen Wiederaufnahme ihrer Silberprägungen und besonders Frankreich zur Festhaltung an seiner gesetzlichen Doppelwährung werde bewegen können, so ist doch zu bedenken, dass diese Concessionen, wie die Dinge einmal liegen, *grossen Werth für das Ausland* haben. Unsere Münzverhältnisse sind zwar nicht günstig und der Uebergang zur reinen Goldwährung wäre für uns sehr schwierig und kostspielig und hat die hervorgehobenen anderen Bedenken. Aber besonders die *französischen Münzzustände* sind *noch viel ungünstiger* und *unhaltbarer* und die Durchführung der Goldwährung dort eine *pure Unmöglichkeit*. Deshalb wird Frankreich und seine Münzverbündeten, werden auch die Vereinigten Staaten sich mit jenen Concessionen Deutschlands wohl begnügen, — eventuell begnügen müssen. Sind sie doch dadurch, was ich mit *Lexis* für sehr wesentlich halte, gegen eine *finanzielle Ausbeutung* der Wiederaufnahme ihrer Silberprägungen seitens Deutschlands alsdann geschützt. Und gerade das müssen sie zu erreichen suchen.

Aus diesen Gründen scheint es uns, dass Deutschland in dem Angebot, bez. Zugeständniss der definitiven Beibehaltung seiner Thaler — in dieser alten oder in der Form einer Viermarksilbermünze —

wohl eine *geeignete Verhandlungsbasis* mit den genannten anderen Mächten, Grossbritannien inbegriffen, hätte.

Im demnächstigen Frühjahr — es heisst Mitte April — stehen nunmehr *internationale Währungsconferenzen* in Paris zwischen dem lateinischen Münzbund und Nordamerika in Aussicht. Die Betheiligung Englands daran ist zu erwarten, diejenige des Deutschen Reichs zu erhoffen. Im Einzelnen liesse sich wohl jetzt schon ein genaueres Programm für das Verhalten Deutschlands und für die speciellen, etwa vertragsmässig von demselben zu übernehmenden Verpflichtungen aufstellen. Wir sehen aus verschiedenen Gründen im Augenblick davon ab.

Auch im *eigensten deutschen Interesse allein* wären übrigens noch verschiedene Veränderungen in unseren gegenwärtigen Münz- und Papiergeldverhältnissen — unter dem Papiergeld hier die unglücklichen *Reichskassenscheine* verstanden — gelegen. Eine oder die andere dieser Veränderungen liesse sich noch als eine Concession in einem internationalen, auf die Rehabilitation des Silbers abzielenden Währungsvertrage an die anderen Contrahenten benutzen. Speciell möchte ich es hier auf Grund der nunmehr siebenjährigen Erfahrungen als eine dringende Nothwendigkeit bezeichnen, eine *Aenderung in der Gesetzgebung über die Reichskassenscheine* zu treffen, einer Auffassung gemäss, welche ich schon beim Erlass des Gesetzes öffentlich,

leider ohne Erfolg, vertreten habe. *) Sie hat jetzt ihre Bestätigung gefunden. Die ganz ungedeckten Reichskassenscheine, deren Einlösung heute die Reichsbank mit besorgt, sind wohl der *bedenklichste Bestandtheil* unserer Circulationsmittel. Die kleinen Fünfmarscheinne sind ein hässliches Papiergeld, wie ehemals die Thalerscheine, im Verkehr nicht beliebt, den Silber- und den kleineren Goldmünzen bedenkliche Concurrrenz machend. Sowohl bei der reinen Goldwährung als bei der Doppelwährung sollten sie im Interesse der Solidität unserer Umlaufsmittel bald beseitigt werden. Die grösseren Scheine zu 20 und 50 *M.* machen dem Hauptstück der Goldmünzen, dem Zwanzigmarkstück, und auch den Banknoten Concurrrenz, und sind in kritischen Zeiten als ungedecktes Papiergeld *noch gefährlicher* als die kleinen Scheine, weil *sie* dann noch leichter zur Einlösung, bez. zur Reichsbank zurückströmen. Deshalb ist auch die Conversion der letzteren in jene ein unzulässiges Aushilfsmittel. Der *Gesammtbetrag* von noch ca. 156 Mill. Mark (so viel muss der Betrag nach Verwendung der letztjährigen Amortisationsquote noch sein) ist *viel zu hoch*, die Verminderung desselben durch die jährlichen Amortisationen bis 1890 auf 120 Mill. Mark *viel zu langsam*, auch die Summe von 120 Mill. Mark *noch zu hoch*, als dass man es mit diesen Dingen sein Bewenden haben lassen

*) In der Schrift „Staatspapiergeld, Reichskassenscheine und Banknoten“, Berlin 1874. Auch in der Besprechung des Gesetzes über die Reichskassenscheine in Hildebr. Jahrbüchern, 1874, II.

dürfte. Bei den weiteren münzreformatatorischen Maassregeln sollte wenigstens eine *theilweise Fundirung* der Reichskassenscheine bald erfolgen. Dadurch würde die Reichsbank mehr entlastet, deren Metallvorrath eben jetzt einfach für diese Scheine ebenso wie für die Banknoten mit valedirt: wahrlich eine Frage *nicht* des Bankinteresses, sondern *des allgemeinen Landesinteresses*. Beim System der Goldwährung würde dann für die Reichssilbermünzen, bei dem anzubahnenden der Doppelwährung für die Silbercourantmünze erwünschtermaassen ein grösseres Umlaufgebiet geschaffen. Die Kosten einer theilweisen Fundirung können gar nicht mit denjenigen der weiteren Veräusserungen von Silber in Vergleich gestellt werden und wären um so weniger ein entscheidendes Bedenken, da eben nur eine schlecht fundirte, wenngleich unverzinsliche Schuld beseitigt oder doch vermindert würde.

Diese und andere einzelne Punkte stehen keineswegs nur mit der etwaigen Hinwendung zur Doppelwährung in Verbindung, sondern sind auch bei Festhaltung des bisherigen Ziels der reinen Goldwährung ernstlich zu discutiren. Doch sind bestimmte Vorschläge darüber erst zu machen, wenn man sich über die Hauptfrage, die *Währungsfrage selbst*, entschieden hat. Die Anhänger der Goldwährung seien nur darauf hingewiesen, dass nicht nur der weitere grosse Ausfall bei den Silberverkäufen, sondern auch die im Fall des verbleibenden niedrigen Silbercourses *ganz unver-*

meidliche Umprägung und Wertherhöhung unserer neuen Reichssilbermünze in Rechnung zu ziehen ist. Um diese Eventualität kommen wir auf dem hier befürworteten anderen Wege zwar wohl auch nicht ganz, aber doch grossentheils hinweg und liefern viel geringere Kosten, weil eben der Silberpreis sich wieder erhöht haben würde.

Möchte die Entscheidung *bald* und im Sinne einer Einführung des vertragsmässigen Bimetallismus oder doch einer Annäherung an denselben durch feste *gesetzliche* und *vertragsmässige* Bestimmungen über das Verbleiben der *Silbercourantmünzen* als gesetzliches Zahlungsmittel im deutschen Münzsystem geschehen.

Die *Wiederherstellung der vollen Geldfunction* des »entthronten« Silbers ist so sehr im volks- und weltwirthschaftlichen Interesse gelegen, dass sie wirklich ein *würdiges Ziel eines Staatsvertrages der Culturstaaten* wäre und keiner der letzteren hat ein entgegengesetztes Interesse.

Gegenüber unseren Münzgesetzen aber schliessen wir mit dem Ruf an unsere Staatmänner: *Videant consules ne quid detrimenti capiat res publica!*

(Nachtrag zur ersten Auflage.)

V.

**Die Münzdebatte im deutschen Reichstage am
10. März 1881.**

Die vorstehende Schrift trat in erster Auflage unmittelbar nach der am 10. März erfolgten Berathung der neunten Denkschrift über die Ausführung der Münzgesetzgebung im Reichstage in die Oeffentlichkeit (12. März). Wir konnten dieser ersten rasch eine zweite Auflage folgen lassen, wodurch uns die Gelegenheit geboten wird, auf die jüngste Münzdebatte einen kurzen kritischen Rückblick zu werfen.

Fast gleichzeitig sind durch die öffentlichen Blätter die Vorschläge bekannt geworden, welche die französische Regierung den Theilnehmern an der für den nächsten Monat April geplanten internationalen Münzconferenz in Paris hat zugehen lassen. Diese Vorschläge liegen uns leider nicht im Original, sondern nur in deutscher, wie versichert wird, wortgetreuer Uebersetzung vor (National-Zeitung vom 13. März d. J.). Der Inhalt des betreffenden Actenstücks wird in der gegenwärtigen Presse als »ausserordentlich« und als »die

ablehnende Haltung Englands und die Reserve der deutschen Regierung mehr wie rechtfertigend« bezeichnet. Inwieweit mit Recht, wollen wir sehen.

In der Reichstagsdebatte kehren die drei Standpunkte in der Währungs- und Münzfrage wieder, welche im vorigen Abschnitt dieser Schrift dargelegt und beurtheilt wurden. Aber die Vertreter der Goldwährung, die Herren *Bamberger*, *Delbrück* und *Sonnemann*, verathen unter scheinbarer Ruhe doch deutlich eine gewisse Unsicherheit in der Festhaltung und Begründung ihres Standpunkts. Besonders Herr *Bamberger* umgeht die streitigen Hauptfragen und hält sich an Nebensätze. Herr *Delbrück* versucht eine Widerlegung der einzelnen, von Herrn *von Lenthe* vorgeführten bimetalistischen Beweisgründe, ohne darin glücklich zu sein, und wiederholt einfach in einer Hauptfrage, derjenigen der Ursachen der Silberentwerthung, die alte Soetbeer'sche, von *Arendt* und *Lexis* schlagend widerlegte Auffassung. Herr *Sonnemann* neigt sich bereits zu einem Compromiss, indem die deutsche Regierung eventuell dem Ausland gegenüber eine Erklärung abgeben soll, jährlich nur ein mässiges Maximalquantum Silber (50 Millionen Mark) an den Markt zu bringen. Vom Standpunkte der Goldwährungspartei wäre die Consequenz gewesen, beim Reichstage eine Resolution betreffs der Wiederaufnahme der Silberverkäufe zu beantragen, worauf der Vertreter der Reichsregierung im vorigen wie in diesem Jahre provocirte. Aber eine solche Resolution wurde aus guten Gründen jetzt so

wenig wie damals beantragt, — weil sie sicherlich nicht die Mehrheit im Reichstage gefunden hätte, — vielleicht auch, weil die Antragsteller nicht die Verantwortlichkeit solcher Politik zu übernehmen wagten.

Die bimetallistische Auffassung hat in den Herren *von Mirbach*, *von Lenthe* und *von Kardorff* eine geschickte Vertretung gefunden. Die Reden dieser drei Herren ergänzten sich in den Einzelheiten und führten alle Hauptgründe gegen die bisherige deutsche Münzpolitik und für den internationalen Bimetallismus vor. Weder in der kritischen Verwerthung des Thatfachenmaterials, noch in den sonstigen theoretischen und practischen Argumenten haben die genannten drei Vertreter der Goldwährung, die Herren *Bamberger*, *Delbrück* und *Sonnemann*, dieselbe Stärke bewiesen.

Die Reichsregierung aber hat durch ihren Vertreter, den Staatssecretär des Reichsschatzamts, Herrn *Scholz*, sich abermals, wie im vorigen Jahre, dahin ausgesprochen: „*dass der status quo im Wesentlichen auch ferner aufrecht zu erhalten sei*“. Das sei auch schon in concludenten Handlungen hervorgetreten, indem der Etat nichts zur Sache enthalte; eine veränderte Stellung der verbündeten Regierungen liege nicht vor.

Bemerkenswerth war dabei besonders die Mittheilung des Herrn *Scholz*, dass auch *Fürst Bismarck* die Aufrechthaltung des status quo persönlich als das Richtige ansehe. In der ganzen Frage sei nach ihm das *non liquet* zur Zeit so stark, dass ein entscheidender Schritt jetzt nicht räthlich sei. Ein Zweifel, ob der

Goldbestand der Welt für die bisher bei uns und anderswo geplante Durchführung der Goldwährung ausreichend sei, wird aber bereits angedeutet. Auf die practischen Gefahren des Goldmangels wird dabei ganz mit Recht hingewiesen. Von der Unterschätzung der deutschen Silberthalercirculation in den früheren Anschlägen der Goldwährungspartei wird Act angenommen und in dieser Thatsache ein Beleg gefunden, wie reich an Gelegenheit zur Täuschung dies Gebiet sei.

Die im Auftrage des Reichskanzlers gemachten Mittheilungen gipfeln aber dann in der wichtigen Aeusserung, dass dem Reichskanzler »nicht obliegen werde, in dieser Sache *irgendwie reglementarisch vorzugehen*, dass er vielmehr *die Massregeln, die sich demnächst als wesentlich erweisen werden, den verbündeten Regierungen nicht bloss, sondern auch dem Hohen Hause als Gesetzgebungsmassregeln werde zu unterbreiten haben.*« In dieser Voraussicht liegt doch unverkennbar die Andeutung einer Absicht zur *Veränderung* der Münzgesetzgebung. Denn sollte es nach der Meinung der Reichsregierung einfach bei den bestehenden Gesetzen verbleiben, so wäre von einer Betheiligung des Reichstages an den betreffenden, alsdann rein administrativen Massnahmen doch keine Rede. Die »Befriedigung«, welche nach der Münzdebatte in der Presse der Goldpartei hinsichtlich der »kühlen Reserve« der Regierung in Bezug auf Aenderung der Münzgesetze geäussert wurde, erscheint hiernach als eine etwas gekünstelte.

Die Schlussbemerkung des Regierungsvertreters in Betreff der Theilnahme Deutschlands an der Pariser Conferenz war ebenfalls für die bimetallistische Richtung befriedigender als für die gegnerische. Dass sich Deutschland hier zunächst reservirt hält, nicht unmittelbar auf Vertragsschliessung ausgeht, dass aus der angekündigten Betheiligung Deutschlands an der Conferenz kein Präjudiz für unsere eigenen Verhältnisse erwachsen soll, ist ja ganz der Sachlage entsprechend. Aber das Zugeständniss, dass man in Paris zusammentritt »zur Besprechung möglicher Abhilfe gegenüber einem gemeinsamen Mangel, möglicher Vorbeugung gegenüber einer gemeinsamen Gefahr, die in der Zukunft grosse Dimensionen annehmen könnte«, — dies Zugeständniss enthält im Wesentlichen das, was bimetallistischer Seits im Augenblick zu erwarten war. Wenn Herr *Bamberger* und die Goldwährungs-Presse sich mit der Beschickung der Pariser Conferenz, auch nur um das Gehörte *ad referendum* zu nehmen, auf einmal ganz einverstanden erklären, nachdem sie das Fernbleiben Deutschlands von der Conferenz des Jahres 1878 ehemals so richtig fanden, so ist diese Tactik der Gegner ja eine ganz begreifliche. Aber das *bonne mine à mauvais jeu* ist Anderen auch verständlich.

Die Ausführungen der bimetallistischen Redner im Reichstage und unsere eigenen in den vorausgehenden Abschnitten stimmen im Wesentlichen überein. Nur einige kritische Bemerkungen zu den Reden der Herren *Bamberger* und *Delbrück* und über die fernere

Opportunität der Erhaltung des status quo nach den Absichten der Regierung seien noch erlaubt.

Herr *Bamberger* sucht die gegnerischen Bedenken wegen »Vertheuerung des Geldes« durch den Hinweis auf den *ungewöhnlich niedrigen Zinsfuss* zu widerlegen, welcher seit einigen Jahren bei uns herrscht. Es war ihm schon vorher von Herrn *von Mirbach* mit Recht entgegengehalten worden, dass in den 40er Jahren bei der reinen Silberwährung der Zinsfuss noch niedriger gewesen. Die Behandlung dieser ganzen Frage durch Herrn *Bamberger* ist indessen *völlig schief*. Denn einmal beweist er nicht, dass gerade die Münzreform unseren Zinsfuss so billig gemacht hat, und zweitens beweist die Bewegung des Zinsfusses in dieser Sache gar nicht das, was eigentlich in Frage steht.

Es ist von einem im »Geschäftsleben« so heimischen Manne wie Herr *Bamberger* nicht verständlich, dass er auf eine der *Hauptursachen* unseres gegenwärtigen billigen Zinsfusses, die mit der Währungsfrage entweder gar nichts oder nur ganz mittelbar etwas zu thun hat, nämlich auf das *Darniederliegen des reellen Geschäfts* — ausserhalb der Börsenspeculation — nicht einmal hinweist. „*Geringe Nachfrage*“ nach Leihcapitalien, — da liegt doch die Haupterklärung, — geringer Capitalbedarf überhaupt für die productiven Unternehmungen, wenig Unternehmungslust! Oder glaubt Herr *Bamberger* wirklich, dass die Verbreitung einiger deutschen Fonds in England, selbst wenn man sie ganz auf die Münzreform zurückführte, was zweifelhaft ist,

uns in Folge eines Ausgleichungsprozesses »billiges Geld« verschafft hat? Welche Unsumme *russischer* Effecten sind dafür in den letzten Jahren seit dem Türkenkriege von England zu uns gewandert und bei uns hängen geblieben! Die Curssteigerung der österreichischen, italienischen Effecten, die Ermässigung des Zinsfusses auch in diesen Papierwährungsländern — ist sie ebenfalls auf unsere Münzreform zurück zu führen? Völlig willkürlich ist auch Herrn *Bamberger's* Vergleich der Gegenwart gerade mit den Jahren vor unserer Münzreform, 1867—73, wo die politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse so ganz anders lagen.

Aber die *Bewegung des Zinsfusses* ist hier gar nicht das Wesentliche. Herr *Bamberger* stellt sich in diesen Fragen stets auf den Standpunkt des Geschäftsmannes und sieht alle volkswirthschaftlichen Verhältnisse durch dessen Brille an. Die *englischen* Nationalökonomien, darunter auch solche, welche aus der *Praxis* des Geschäftslebens hervorgingen, — ich erinnere nur an *Tooke*, — unterscheiden seit lange mit Recht Geld als »Umlaufsmittel« und als »disponibles Capital«. Letzteres steht mit dem Leihzinsfuss, Ersteres mit den Preisen in unmittelbarer Verbindung. Die Bimetallisten behaupten namentlich, dass aus dem Goldmangel allerdings eine häufige Störung des Geld-Capitalmarkts, mehr aber noch *ein allgemeiner Druck auf die Preise drohe*, weil eben Gold als »Umlaufsmittel« zu knapp werde. Gerade dadurch entstehen so bedenkliche Verschiebungen der Einkommen- und

Vermögensverhältnisse, zu Gunsten wesentlich der Classen, welche ihr Vermögen in Geldforderungen (Werthpapieren, Hypotheken) angelegt haben, zu Gunsten also der Gläubiger auf Kosten der Schuldner. —

Eine der grössten Schwächen unseres heutigen Geldumlaufs, nemlich das Vorhandensein ungeheurer Summen *reinen oder partiellen Creditgeldes*, ganz *abgesehen* von den Banknoten, übergeht Herr *Bamberger* sehr bequem. Während doch gerade von *seinem* Standpunkte aus dieser Zustand unhaltbar erscheinen muss! Hat man doch 1873, um möglichst wenig fictives Geld zu haben, sogar das unglückliche 20-Pfennigstück aus *Silber* geschaffen und — drückt jetzt die Augen zu über eine *25procentige Minderwerthigkeit* von 427 Mill. M. Silbermünze, bis zu 5-Markstücken hinauf!

Dafür wird durch einen gar nichts beweisenden Vergleich mit der *Banknotendeckung* (hier einschliesslich der Reichscassenscheine) zu zeigen gesucht, wir seien immer noch besser daran, d. h. wir hätten immer noch eine relativ grössere Golddeckung für unsere Papiercirculation als Frankreich und Nordamerika, eine kaum viel schlechtere als England. Wie operirt Herr *Bamberger* aber hier?! So, wie er es bei seiner bekannten Sachkenntniss der Dinge doch sicher selbst für *gänzlich unhaltbar* erklären müsste! Die für die Banknotendeckung so wesentlich mit entscheidende *andere* Deckung, die *directe* mit dem Wechselportefeuille, die *indirecte* mit der anderen, zum Theil aus dem

Stammcapital der Banken herrührenden Deckung durch andere Activa, bleibt völlig willkürlich neben der Metalldeckung ganz ausser Betracht. Bei den Zettelbanken, welche, wie unsere grossen Centralbanken in England, Frankreich und Deutschland, so bedeutende Depositenbestände oder Girocapitalien haben, bilden diese regelmässig sofort auf Verlangen fälligen Posten ein für den Baarvorrath wichtigeres, weil leichter der Rückforderung in grossen Beträgen ausgesetztes, daher stärker schwankendes Passivum als die Banknoten. Will man also nur die Baardeckung, oder vollends nur die Golddeckung der Banken berechnen, wie es Herr *Bamberger* thut, so muss man die Noten *und diese Depositen* u. s. w. summiren. Auch für die Frage der eventuellen Deckung von Goldbedarf für auswärtige Zahlungen kommen diese Depositengelder (unsere Giroaldi) mehr und unmittelbarer in Betracht, als die Banknoten. Nicht mit 967, wie Herr *Bamberger*, sondern *mit weit über 1200 Mill. M.* Bankpassiven (incl. Reichscassenscheine) muss man dann bei uns rechnen. Die, wie sich gleich zeigen wird, von Herrn *Bamberger* viel zu hoch veranschlagte *Golddeckung* unserer Banken von (vermeintlich) 440 Mill. M. ist dann nicht 45, sondern nur ca. 36% der zu deckenden Summe. Bei unserer *Reichsbank allein*, deren Goldvorrath (allerdings vielleicht hier zu niedrig) Herr *Bamberger* auf 240 Mill. M. schätzt, stehen diesem Posten nach dem Ausweis vom 7. März d. J. rund 664 Mill. M. Banknoten, oder nach Abzug der fremden Noten in der

Bank (24 Mill.), 640 Mill. eigene Noten, dann 224 Mill. »sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten« gegenüber, zusammen 864 Mill. M., wovon jener Goldvorrath also nur 27,8 % ausmacht. Nun steht aber thatsächlich — und, wie die Dinge liegen, unvermeidlich, wenngleich ohne rechtliche Verbindlichkeit, — die Reichsbank noch für die Einlösung der Reichscassenscheine ein, d. h. für weitere 156 Mill. M., wovon allerdings am 7. März schon 40 Mill. M. in der Bank lagen. Der Rest von 116 Mill. M. erhöht die Passiven, welche der Goldvorrath unmittelbar zu decken hat, auf 980 Mill. M., — die angeführte Golddeckung ist davon 24,5 %! — Jedenfalls, soweit überhaupt solche Berechnungen Werth haben, eine richtiger berechnete Quote, als die *Bamberger'sche* von 45 %. Es ist ein schlechter Trost, dass es nach einer ähnlichen Berechnungsweise anderswo, namentlich in Frankreich, auch nicht besser steht.

Aber wie verhält es sich mit dem Golddeckungsbetrag von 440 Mill. M., welche Summe Herr *Bamberger* herausrechnet? Er unterschätzt allerdings doch vielleicht den Goldvorrath der Reichsbank mit der Ziffer von 240 Mill.; aber er überschätzt auch vielleicht etwas den Goldvorrath der anderen deutschen Zettelbanken, den er auf 80 von 87 Mill. Baarvorrath annimmt. *Völlig willkürlich und in diesem Falle unzulässig* ist dagegen die Einrechnung der 120 Mill. M. Gold im Reichskriegsschatz zum Deckungsvorrath des Noten- und Cassenschein-Umlaufs. Dieser Schatz ist doch festgelegt. Er

kommt nur für Kriegsrüstungen, für die Mobilmachung u. s. w. zur Verausgabung; seine Verwendung ist also eine *ganz gebundene* und dieser Posten hier völlig auszuschliessen. Man könnte höchstens sagen, im Kriegsfall braucht das Reich diese 120 Mill. M. nicht selbst in Umlauf zu setzen, sondern könnte sie der Reichsbank überliefern und dafür die Ausgaben mit Banknoten bestreiten. Auch in diesem Falle wäre aber Herrn *Bamberger's* Rechnung falsch. Denn er müsste dann diese 120 Mill. M. zu seinen 967 Mill. M. „*Papier-circulation*“ *hinzurechnen* und diese Ziffer von 1087 Mill. M. dem Goldbetrag von 400 Mill. M. gegenüberstellen. Auch in diesem Falle sänke die Goldquote immerhin von 45 % auf 40,5 %.

Es mag an diesen Ausführungen genügen, zum Beleg, *wie wenig* Herr *Bamberger* letzthin seine Sache mit *richtigen* Beweisgründen geführt hat. Er kommt zum Schluss auch wieder auf die seinem wirthschaftstheoretischen Standpunkte eigene »naturgesetzliche« Auffassung in diesen Dingen. »Glauben Sie«, so ruft er, »die *Gesetzgebungen*, wenn alle Länder sich zusammen thäten, könnten es fertig bringen, ein anderes Verhältniss herzustellen, als was die *Wirklichkeit* (!) geschaffen hat? Der Weltverkehr hat das Silber herabgedrückt, wie er das Handgespinnst zurückgedrängt hat, wie er das Frachtfuhrwerk vernichtet hat, wie er die Segelschiffahrt zurückdrängt.« Wenn es nur nicht in erster Linie die *Gesetzgebung*, voran die deutsche, dann die französische gewesen wäre, welche *dem Silber seinen*

Markt genommen hätte, worauf dann freilich der „Weltverkehr“ das Silber im Preise warf! Es ist kaum verständlich, wie die Anhänger der Goldwährung sich hier Schwierigkeiten schaffen, die rein in ihrer Einbildung vorhanden sind. Sie werfen den Bimetallisten die Versündigung gegen das »Naturgesetz von Angebot und Nachfrage« vor. So sagt auch Herr *Delbrück* in der neulichen Debatte: »ja, weil das Verhältniss der beiden Metalle die Sache von Angebot und Nachfrage ist, darum ist es eben unmöglich, ein festes Werthverhältniss zu fixiren.« Aber unsererseits bestreitet man ja gar nicht, dass »Angebot und Nachfrage« bestimmend sind; man will nur durch das *Gesetz* die *künstliche Unterbindung der Nachfrage nach Silber als Münzmetall wieder beseitigen*, also ein früheres hier einwirkendes *Gesetz* aufheben, um dadurch das Silber wieder emporzuheben. Das *entspricht* ja dem »Gesetz von Angebot und Nachfrage«. Wo liegt also unsere Versündigung gegen die »Naturgesetze des Verkehrs«?! Eine *Intervention* des *Gesetzes* ist aber doch einmal auf dem Gebiete des Münzwesens unvermeidlich. Ist denn die »Nachfrage nach Gold« nicht auch bei der reinen Goldwährung *durch das Gesetz bewirkt*, welches dieses Metall zum *alleinigen Währungsstoff* macht?! Man hält bei uns dafür, dass bei *dieser* Währung das Gesetz die Nachfrage nach Gold *übermässig* befördert habe und *das eben* will man abgestellt wissen. —

Die *Delbrück'sche* Rede entzieht sich wenigstens nicht so wie die *Bamberger'sche* dem Eingehen auf

die Hauptpunkte des Streits. Aber Herr *Delbrück* verschliesst eben auch die Augen vor der *eigentlichen* und *entscheidenden* Ursache der Silberentwerthung, den neueren *münzpolitischen Massregeln*. Er glaubt noch ganz an den massgebenden Einfluss der *indischen Zahlungen* und der *vermehrten Silberproduction*, die er ein — »Elementarereigniss« nennt. Diese Auffassung ist nach den Arbeiten von *Arendt* und *Lewis*, ja zum Theil schon nach den älteren von *Nasse* eben nicht mehr zulässig, von den Ausländern, den *Seyd*, *Cernuschi*, *De Laveleye* zu geschweigen.

Ueber die *Entwerthung* unserer neuen Reichssilbermünze tröstet sich Herr *Delbrück*, weil die Menge derselben sich in den Grenzen halte, die der Verkehr absolut fordert. Allein bei einem Betrage von über 400 Mill. M. vermag das Niemand mit Sicherheit zu sagen, am wenigsten in *kritischen* Zeiten, die erst den Prüfstein bilden. Die kleinen Beträge *eigentlicher* Scheidemünze, wie früher bei unserer Silberwährung, eine Münze, die ohnedem nicht 25, sondern in der Regel höchstens 15 % minderwerthig war, lag die Sache anders. Auch hier ist Deutschland wegen seiner geographischen Lage und der Kriegsgefahren anders daran als England. Zu der Silbermünze kommen aber die Reichskassenscheine. Die gesetzliche Minderwerthigkeit von 10 % ist zu einer thatsächlichen von 25 % geworden. Nein — wir kommen über das Dilemma nicht hinweg: *Beibehaltung und völlige Durchführung der Goldwährung bedingt nothwendig eine sehr kostspielige Umprägung*

und Wertherhöhung der jetzigen Silbermünze. Auch die Gefahr der Nachahmung vermag ich nicht so gering zu veranschlagen, als Herr *Delbrück*. Bei den 20-Pfennigstücken soll sie sich in nicht geringem Masse verwirklicht haben.

Herr *Delbrück* fasst die Frage der Geldvertheuerung mit Recht nicht, wie Herr *Bamberger*, als eine solche nach der Erhöhung des Zinsfusses, sondern nach dem *Sinken der Waarenpreise*. Freilich ist die Beweisführung mit einem einzigen Artikel, wie *Kaffee*, werthlos. Englische statistische Untersuchungen ergeben eine *sehr allgemeine Preisreduction* in den letzten Jahren, wie auch Herr *von Lenthe* angeführt hat. Aber fraglich bleibt allerdings noch, inwieweit die verglichenen *früheren* Preise nicht *Speculations-* und die *neuerlichen* nicht noch *Krisenpreise* sind. Hier muss einstweilen auch noch auf ein „*non liquet*“ erkannt werden. Wenn umgekehrt in Indien gelegentlich mehr von einem Steigen des Goldes als von einem Fallen des Silbers geredet wird und die inländische indische Preisbewegung dem Sinken des Silberwerthes noch nicht entspricht, so ist das für Jeden begreiflich, der zwischen *Entwerthung eines Geldes gegenüber einem anderen* (Silber gegen Gold oder Papiergeld gegen Metall) und *in höheren Waarenpreisen zur Erscheinung kommender Werthverminderung* eines solchen entwertheten Geldes zu unterscheiden weiss. Die inländische Preisbewegung folgt, zumal in einem Lande mit relativ kleinem auswärtigen Verkehr, unvollkommenen Communications-

mitteln und noch vorwaltender Naturalwirthschaft, der Depretiation des Geldes sehr langsam. Eine Analyse dieser Phänomene und eine »Theorie der Preisbewegung« (und des der heutigen Silberentwerthung verwandten Falls der »Agiobewegung« für Metall bei Papierwährung) habe ich in meinen Arbeiten über die österreichische und die russische Valuta vor Jahren gegeben, besonders in meinem Werke »die russische Papierwährung« (Riga 1868). Die neueren Erfahrungen stimmen damit völlig überein. Kann man nun aber statistisch den Beweis für die sinkende Tendenz der Preise in neuester Zeit noch nicht bestimmt führen und muss man bei der Schwierigkeit, die Ursachen in einem so complicirten Process wie der wirklichen Preisbewegung zu isoliren, überhaupt die statistisch-inductive Beweisführung als unsicher bezeichnen, so darf man umsomehr sagen: Gerade nach der »Quantitätstheorie«, wie sie bei deutschen Goldwährungsmännern, zum Theil in grösster Einseitigkeit zu finden ist (*Soetbeer, Hertzka*) muss aus einer „*Contraction der Umlaufsmittel*“ oder aus der Verminderung des Goldgeldumlaufs, wie sie zu erwarten und theilweise schon eingetreten ist, eine *Reduction der Waarenpreise, der Löhne* u. s. w. nach und nach hervorgehen. Und diesem Schlusse kann auch derjenige zustimmen, der im Uebrigen, wie Verfasser dieser Zeilen, nur in ganz beschränktem Masse der Quantitätstheorie huldigt, indem er die Bewegung der Geldmenge bloss für *einen* der für den Geldwerth mit entscheidenden Factoren ansieht. —

Es wäre leicht — und für mich verführerisch — noch an andere Argumente der Gold-Monometallisten, besonders des Herrn *Bamberger*, bei der jüngsten Münzdebatte kritische Glossen zu knüpfen. Doch würde uns das jetzt zu weit führen. Mir scheint die Argumentation dieser Partei neulich in keiner Weise weder in Angriff noch Vertheidigung die siegreiche und die überlegene gewesen zu sein. Sichtbar ist die Partei auch überall in die Vertheidigung zurückgedrängt worden und diese Vertheidigung war nicht überzeugend, vielleicht mit deshalb, weil die Vertheidiger selbst bereits etwas vom Zweifel angegriffen zu sein schienen.

Auch der Standpunkt der Reichsregierung, die *Aufrechthaltung des status quo*, erscheint nach dem Ausgange der neulichen Debatte *sachlich* nicht besser begründet als bisher. „*Wir können warten*“ — darauf läuft Alles hinaus. Wir können *eben nicht mehr lange warten*, möchte ich entgegnen. 1100 Mill. M., an 44 % reines und partielles Creditgeld in unserem Geldumlauf — *ohne* die Banknoten gerechnet — *das ist kein Zustand, der ein ruhiges Abwarten gestattet*. Wie unsicher ist die politische Constellation! Wie hat das entsetzliche Ereigniss in Petersburg am 13. März das von Neuem bewiesen! Sofort wurde dabei an die Möglichkeit gedacht, die französischen Allianz- und Revancheträume sich verwirklichen zu sehen. Drängt da nicht Alles auf das Bedürfniss eines *innerlich gesunden Geldwesens* hin und ist das unserige nicht *krank wegen der Silberentwerthung*? Nur der Umstand, dass

die Pariser Münzconferenz in Aussicht steht, rechtfertigt ein weiteres Abwarten Deutschlands noch auf kurze Zeit. Um so freudiger begrüßen wir Deutschlands Betheiligung an dieser Conferenz und mit um so mehr Befriedigung in der oben mitgetheilten Stelle der Rede des Herrn *Scholz* die nicht misszuverstehende Ankündigung der Absicht der Reichsregierung, neue *gesetzliche* Massregeln im Münzwesen zu ergreifen.

Aber auch wenn diese Conferenz nicht zu Stande käme oder keinerlei positives Ergebniss hätte, müssten wir nothwendig *bald* die *abwartende Politik aufgeben* und *den status quo ändern*. Dafür beziehe ich mich auf die früheren Auseinandersetzungen. Eventuell bleibt uns dann freilich nichts Anderes übrig, als die *volle Goldwährung wohl oder übel durchzuführen*, rücksichtslos die Opfer der weiteren Einziehung und Veräusserung des Silbers und die *dann ebenso unvermeidlichen* der Einziehung und Umprägung der Reichssilbermünze behufs Wertherhöhung derselben zu übernehmen. Hoffentlich bewahrt uns davor die Pariser Münzconferenz und die Münzpolitik der fremden Staaten, besonders des lateinischen Münzbundes und Nordamerikas.

Nun kann man freilich vom deutschen Standpunkte aus sagen: Mögen die letzteren Mächte, deren Münzzustände notorisch noch misslicher als die unserigen sind, *auch ohne unser Mitwirken* die für sie zunächst nöthigen Vereinbarungen treffen; wir werden alsdann selbständig von uns aus das thun, was wir für uns als das Richtige erkennen. Die Goldpartei wird vielleicht

hinzufügen: Es muss sich ja nun erst zeigen, ob selbst die dringendere Noth in Frankreich und der ausgesprochene Wunsch der Vereinigten Staaten nach einem bimetallistischen Staatsvertrage stark genug sind, um die Schwierigkeiten einer Vertragsschliessung zwischen souveränen Staaten auf diesem Gebiete zu überwinden. Geschieht dies, so muss sich weiter zeigen, ob die von den Bimetallisten gehofften Wirkungen für den Silberpreis eintreten und die Relation von 1 : 15.5 oder doch eine starke Annäherung daran erreicht wird. Alsdann würde ja Deutschland ohnehin in eine bessere Lage kommen, *ohne sich binden zu müssen*. Seine neue Reichssilbermünze stiege entsprechend an Goldwerth, so dass die Nothwendigkeit einer Einziehung und Umprägung derselben fortfiel. Die halbe Milliarde Thaler liesse sich, wenn auch etwa erst im Verlauf mehrerer Jahre, veräussern, weil das deutsche Silber mit in den Ländern der »bimetallistischen Union« Absatz fände und bei dem höheren Curs des Silbers fielen die Verluste beim Verkauf desselben ganz oder grösstentheils fort.

Dieser Gedankengang ist vom Standpunkte der Goldwährungspartei ganz richtig. Mehr oder weniger deutlich haben die Vertreter derselben, auch noch jüngst in der Reichstagsdebatte, ihren Wunsch durchblicken lassen, Deutschlands von ihnen empfohlene Münzpolitik, mit der wir doch augenscheinlich festgefahren sind, so durch das Ausland wieder flott werden zu sehen. Aber

die Frage ist eben, ob, *ohne jedes Mitwirken Deutschlands* die gewünschten münzpolitischen Massnahmen der fremden Staaten, immer voran des lateinischen Münzbundes und Nordamerikas, zu Stande kommen und, und wenn das, ob sie alsdann die gehofften Erfolge haben? Das ist zwar nicht unmöglich, aber doch keineswegs unzweifelhaft. Namentlich werden die zunächst interessirten fremden Mächte einen *Schutz gegen die Ausbeutung ihrer neuen Münzpolitik durch das sein altes Silber rasch auf den Markt werfende Deutsche Reich* kaum entbehren wollen und können. Da nun doch Deutschlands Interesse hier, selbst bei Festhaltung unserer Münzgesetze, also des Ziels der vollen Goldwährung, mitspielt, so würde sich die *Opportunität wenigstens einer dementsprechenden vertragsmässigen Verpflichtung Deutschlands* gegenüber den betreffenden fremden Staaten auch vom Standpunkt des Gold-Monometallismus ergeben.

Es kommt aber auch noch eine weitere Erwägung hinzu: ob es nämlich der *Würde* Deutschlands entspricht, sich von einem solchen Vertrage ganz fern zu halten, der doch allein geeignet ist, uns aus eigenen schweren Verlegenheiten zu befreien, ohne selbst mitzuhelfen, nur von den späteren Massnahmen der fremden Mächte zu profitiren. Das möchte ich *verneinen*, zumal doch Deutschland durch seine Münzgesetze von 1871 und 1873 entschieden den *ersten Anstoss* zur Silberentwerthung gegeben hat. Es erscheint doch als

keine ungerechte Zumuthung an uns, dass wir, selbst wenn wir *gegen unser eigenes wahres Interesse* am damaligen Ziel unserer Münzpolitik festhalten, wenigstens so viel an uns ist, unsere Hilfe zur Beseitigung von Nothständen, die wir zunächst verschuldet haben und unter denen wir und alle anderen leiden, *nicht versagen*. Ich möchte hier für uns ein »Noblesse oblige« finden und die »Politik der freien Hand« auch deshalb ablehnen.

Ob wir von vornherein noch weiter gehen und uns mehr oder weniger umfassend, eventuell selbst vollständig, an der geplanten „*bimetallistischen Weltunion*“ vertragsmässig schon jetzt betheiligen sollen, lässt sich natürlich im Augenblicke noch nicht entscheiden. Die Consequenz des bimetallistischen Principes spricht dafür. Aber es kommen hier ja noch manche Erwägungen in Betracht. Ein Compromiss mit unserer deutschen Goldwährungspartei ist vielleicht zulässig und nach dem gegenwärtigen Stande der Meinungen noch am Ersten zu erzielen. Eine *Verhandlungsbasis* mit den fremden Mächten bimetallistischer Neigung möchten die früheren Vorschläge, die darauf hinausgehen, dass Deutschland seine Silberthaler in dieser oder einer anderen Form (z. B. der von 4-Markstücken) als *Courantmünze* definitiv beliesse, immerhin schon bieten. Im Uebrigen könnte man unsererseits den Gang der Dinge ja noch abwarten, bevor man weitere Verpflichtungen übernimmt.

Betrachten wir aber gleichwohl schon jetzt die *Vorschläge der französischen Regierung* einmal unbefangen, ob und wieweit sie geeignet erscheinen, als Grundlage für die Errichtung einer bimetallistischen Weltunion zu dienen.

VI.

Die französischen Vorschläge für den internationalen Münzcongress in Paris.

Die Vorschläge zerfallen in *Erwägungsgründe* und in einen *Conventionsentwurf*. Ich theile sie hier im Wortlaut nach der Uebersetzung der Berliner »National-Zeitung« vom 13. März mit. Ob die folgende die *letzte Redaction* der *amtlichen* französischen Vorschläge ist, wogegen mir von kompetenter Seite Zweifel geäußert wurden, muss ich dahin gestellt sein lassen. Erhebliche weitere Veränderungen scheinen mir nicht wahrscheinlich.

Münzkonferenz von 1881.

Resolutionsentwurf.

1) In Erwägung, dass der Bimetallismus oder das Münzrégime, welches darin besteht, zugleich jede Quantität Gold und Silber nach einem legalen Verhältnisse zwischen dem Gewichte der Münzeinheit in Gold und dem Gewichte derselben Einheit in Silber auszuprägen, stets praktizirt worden ist, und dass dasselbe erst seit einigen Jahren nicht mehr zur Anwendung gelangt, und zwar nirgends in der Welt;

2) In Erwägung, dass die hervorragendsten *Münzen* des Kontinents beinahe während eines Jahrhunderts nach dem legalen Verhältnisse von $15\frac{1}{2}$ alle Quantitäten Gold und Silber, welche man zur Ausprägung präsentierte, ausmünzten, und dass in Folge dieser That-
sache allein, welches auch die Wechselfälle der Produktion des Goldes und der Produktion des Silbers gewesen sein mochten, der relative Werth der beiden Metalle zu $15\frac{1}{2}$ fixirt war, da Niemand, gleichviel in welchem Lande, sich bereit finden liess, Gold oder Silber zu einem minder vortheilhaften Verhältnisse abzugeben, als zu welchem man es in den europäischen *Münzen* realisiren zu können überzeugt war, welche verpflichtet waren, zur Taxe von $15\frac{1}{2}$ jedes Metall, dessen Ausprägung man von ihnen verlangte, ohne Beschränkung der Summe in mit gesetzlichem Kurse versehenes baares Geld umzuwandeln;

3) In Erwägung, dass auf Grund dieser unversellen Werthgleichheit zwischen dem Golde und dem Silber das Münzmaterial der ganzen Welt eine einzige Masse bildete, die ebenso homogen war, wie wenn sie von einem einzigen Metall gebildet worden wäre, mit der durchaus sicheren und sehr wichtigen Ueberlegenheit jedoch, dass ihre Zahlkraft (*pouvoir payant*) weit beständiger war als es die Zahlkraft des Goldes, getrennt vom Silber, oder diejenige des Silbers, getrennt vom Golde, gewesen wäre, und zwar im Hinblick darauf, dass die grössere oder geringere Beständigkeit dieser Zahlkraft von der grösseren oder geringeren

Regelmässigkeit der Münzproduktion abhängt; dass ferner die Produktion des Goldes ebenso wie diejenige des Silbers sehr unregelmässig ist, während die zusammengefügte Produktion der beiden Metalle, nach dem legalen Verhältnisse berechnet, eine zur Genüge regelmässige ist;

4) In Erwägung, dass die oben erwähnte universelle Gleichheit zwischen dem Werthe der beiden Metalle von dem grössten Nutzen für die dem Monometallismus unterworfenen Länder, wie England mit dem Monometallismus in Gold, und Indien mit dem Monometallismus in Silber, gewesen ist, welche Länder Dank dieser Gleichheit wechselseitig ihre Geldabrechnungen beinahe mit ebenso grosser Leichtigkeit und Sicherheit regeln konnten, wie wenn sie eines und dasselbe Metall zur gemeinsamen Münze gehabt hätten;

5) In Erwägung, dass sogleich, nachdem das Silber von den Staaten, welche vorher dem Bimetallismus anhängen, nicht mehr unbeschränkt zur Ausmünzung zugelassen wurde, die universelle Werthgleichheit zwischen den beiden Metallen mit Nothwendigkeit verschwunden ist und dass in Folge dieses Verschwindens das bimetallische und homogene Material, welches die Welt besass, in zwei monometallische und verschiedenartige Materiale zersetzt wurde: das Goldmaterial, welches allein zur freien Ausmünzung in Europa und Amerika zugelassen wurde, und das Silbermaterial, das alleinige Münzmetall in Asien; ein zweifacher Monometallismus, welcher die Handels- und finanziellen Be-

ziehungen zwischen den beiden Hälften der Welt fast ebenso verwickelt und dem Zufall unterworfen gestaltet hat, wie wenn sich die wechselseitigen Finanzoperationen mittelst des Tausches (*troc*) vollzögen;

6) In Erwägung ferner, dass die Staaten des europäischen Kontinentes und die Vereinigten Staaten von Amerika, obgleich sie nur das Gold zur freien Ausmünzung zulassen, sich mit ausgemünztem Silber überschüttet sehen; dass die Silbermünzen eines Landes nicht in den andern Ländern in Münzen umgewandelt werden können, von Asien abgesehen, so jedoch, dass sie daselbst den ganzen Verlust erleiden, welcher sich aus der Verschiedenheit zwischen dem Verhältnisse ergibt, in welchem dieses Silber mit Beziehung auf das Gold ausgemünzt worden ist, und dem weit geringeren Goldverhältniss, welches man realisirt, wenn man das Silber jetzt, wo die universelle Gleichheit nicht mehr besteht, am asiatischen Bestimmungsorte veräussert; eine Proportion, welche sich in einen stets wachsenden Verlust umsetzen würde, falls das Silberangebot weiter fortdauern würde;

7) In Erwägung, dass es in der That unmöglich ist, das ausgemünzte Silber aus dem Verkehr zurückzuziehen und sich dessen zu entäussern, und zwar nicht bloss wegen der besorgniserregenden Baisse, welche der asiatische Wechselkurs erdulden würde, sowie der enormen Verluste, welche man zu erleiden hätte, sondern auch wegen des ungeheuern Mangels an Münzen, den diese Zurückziehung aus dem Verkehr

hinterlassen müsste, eine Leere, die man weder mit dem gegenwärtigen Golde ausfüllen könnte, das bereits seine Verwendung gefunden hat, noch mit dem zukünftigen Golde, das die Minen noch nicht verlassen hat.

8) In Erwägung schliesslich, dass die auf das Münzwesen bezügliche Unordnung allgemein ist, dass diese Unordnung, den Interessen aller Nationen, ohne eine einzige auszunehmen, im höchsten Grade nachtheilig, allein den gegenwärtig in Europa und in den Vereinigten Staaten in Kraft befindlichen Münzgesetzen zugeschrieben werden muss, und dass man jener nur durch die Rückkehr zum Bimetallismus ein Ende bereiten kann.

9) In Erwägung, dass diese Rückkehr zum Bimetallismus und die Annahme des Verhältnisses von $15\frac{1}{2}$ durch eine überwiegende Gruppe der Nationen zur unmittelbaren Wirkung hätte, auf einer sehr soliden Grundlage die alte universelle Gleichheit zwischen den beiden Metallen wiederherzustellen, sowie Europa in den Stand zu setzen, ohne jeden Verlust seine alten Silberthaler anzuwenden, um Amerika zu befriedigen, und umgekehrt die Vereinigten Staaten in den Stand zu setzen, wenn ihre Handelsbilanz es gestattet, an Europa mit dem Silber ihrer Minen Zahlungen zu machen und endlich aus dem Silbermetall eine allgemeine Münze zu schaffen, indem man jedoch das Metall Gold als europäische und amerikanische Münze in dem Verhältnisse von $15\frac{1}{2}$ erhält.

Bestimmt durch alle diese Erwägungen haben die amerikanischen, französischen u. s. w. Delegirten nach einem gemeinschaftlichen Uebereinkommen beschlossen, der Ratifikation ihrer Regierungen die nachstehende Konvention zu unterbreiten:

Konvention.

Artikel 1.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die französische Republik u. s. w. konstituiren sich zu dem Gebiete der *Union bimétallique* unter den nachstehend stipulirten Klauseln und Bedingungen.

Artikel 2.

Die Staaten der Union lassen das Gold und Silber zur Ausmünzung ohne jede Beschränkung der Quantität zu und nehmen das Verhältniss von $15\frac{1}{2}$ zwischen dem Gewichte des reinen in der goldenen Münzeinheit enthaltenen und dem Gewichte des reinen in der gleichen Silbereinheit enthaltenen Metalles an.

Artikel 3.

Unter der Bedingung, dass dieses Verhältniss von 1 zu $15\frac{1}{2}$ stets beobachtet wird, bleibt jedem Staate frei, seine Münztypen zu behalten: Dollar, Franc, Livre-Sterling, Mark, sowie dieselben zu verändern.

Artikel 4.

Jede Person soll berechtigt sein, jede beliebige Quantität Gold oder Silber, sei es in Barren, sei es in

fremden Geldstücken, nach den Münzen eines jeden Staates der *Union* zu bringen, um sie dann in der Form baaren Geldes mit dem Gepräge des Staates wieder in Empfang zu nehmen.

Die Ausmünzung ist für das Publikum unentgeltlich. Jeder Staat der Union übernimmt selbst die Kosten für die eigene Ausmünzung.

Artikel 5.

Die Münzstellen eines jeden Staates sollen das vom Publikum gebrachte Metall so rasch als möglich ausprägen und zwar zu dem oben erwähnten Verhältniss von 1 zu $15\frac{1}{2}$ zwischen den Gold- und den Silbermünzen. Das also angefertigte baare Geld wird der Person übergeben, welche das Metall überbracht hat, oder den Rechtsnachfolgern dieser Person.

Falls die Person, welche Gold oder Silber überbringt, die unverzügliche Bezahlung der Summe verlangt, welche ihr nach Ablauf der Ausmünzung zukommen würde, so geschieht diese Bezahlung mittelst eines Abzuges, welcher 2 pro Mille nicht übersteigen darf. Die Summe wird nach dem Belieben der zahlenden Partei in Gold- oder in Silbergeld bezahlt oder in Bankbillets zum legalen Curse, welche bei Sicht in Metallgeld umgewandelt werden können.

Artikel 6.

Die Gold- und Silbermünzen haben in gleicher Weise und für jede Summe in dem Staate, welcher sie fabricirt hat, legalen Curs.

Artikel 7.

In jedem Staate wird das Gouvernement fortfahren, auf dem Wege des Monopols seine Ausgleichungs- oder Scheidemünze auszugeben; es wird die Quantität und Qualität derselben bestimmen und den Betrag festsetzen, über welchen hinaus kein Privatmann verpflichtet ist, dieselbe als Zahlung anzunehmen.

Artikel 8.

Die Thatsache, dass ein Staat Papiergeld ausgiebt oder ausgeben lässt, gleichviel ob es konvertirbar ist oder nicht, befreit den Staat, der es emittirt oder emittiren lässt, nicht von der hier stipulirten Verpflichtung, seine Münzstätten stets für die freie Ausprägung der beiden Metalle zum Verhältniss von $15\frac{1}{2}$ offen zu halten.

Artikel 9.

Das Gold und das Silber, sei es in Barren, sei es in baarem Gelde, wird weder beim Importe noch beim Exporte einem Zoll unterworfen.

Artikel 10.

Die Annahme des Silbers beginnt an demselben Tage in allen Münzstätten der Union.

Artikel 11.

Die gegenwärtige Konvention bleibt bis zum 1. Januar 1900 in Kraft. Falls sie nicht ein Jahr vor diesem Datum aufgekündigt ist, so bleibt sie durch stillschweigende Erneuerung von selbst bis zum 1. Januar

1910 verlängert, und so weiter in Perioden von zehn Jahren, bis sie ein Jahr vor Ablauf der zehnjährigen Periode gekündigt wird, mit der Massgabe jedoch, dass die Aufkündigungen von Seiten derjenigen Staaten, welche in Europa weniger als 20 Millionen Einwohner haben oder welche dem Régime des nicht konvertirbaren Papiergeldes unterworfen sind, obgleich sie diese Staaten befreien, nicht bewirken, dass die stillschweigende zehnjährige Verlängerung der gegenwärtigen Konvention zwischen den übrigen Staaten der Union verhindert wird. —

Die *Erwägungsgründe* sind meines Erachtens *sachlich* in allen wichtigeren Punkten *vollkommen richtig* und fassen *formell* das Wesentliche in der Frage gut zusammen. Die Uebersetzung erscheint hie und da etwas hart.

Namentlich werden die *Causalverhältnisse* in Betreff der *früheren Stabilität* des Werthverhältnisses von Gold und Silber und in Betreff der *neuesten starken Schwankung dieser Relation* in der *ehemals bimetallistischen* Münzpolitik, bez. der *jetzt monometallistischen* ganz richtig dargelegt. Wenn diese Auffassung der Dinge in unserer öffentlichen Presse, in der die Goldpartei bisher ganz vorherrscht, Erstaunen und selbst Befremden erregt, so ist daran nur jene unglückselige Manier unserer Presse schuld, aus jeder selbst wesentlich *technischen* Wirthschaftsfrage eine *gemeine Parteifrage des Tages* zu machen. Ein grosser Theil unserer Presse, besonders der liberalen, hat seit Jahren in blindem Dog-

matismus gegenüber der Theorie der Goldwährung und befangen im Autoritätsglauben an einzelne »sachverständige« Parlamentarier die bimetallistische Auffassung der Währungs- und Münzfrage, speciell der Frage der Silberentwerthung, entweder tendenziös todteschwiegen oder mit Spott und Hohn überschüttet und die bimetallistischen Autoren wie reine Utopisten behandelt. Zur Beschämung dieser Presse, die hier wie so oft ihren schönen Beruf *wahrer Aufklärung* und ihre Pflicht des „*Audiat et altera pars*“ nicht erfüllt hat, tritt jetzt eine grosse, angesehene und auf dem Wirthschafts- und Finanzgebiet wahrlich orientirte Regierung wie die *französische* offen mit der bimetallistischen Auffassung der *Thatsachen* und deren *Ursachen* — Silberentwerthung, Werthrelation u. s. w. — hervor, ja, sie nimmt diese Auffassung ohne Weiteres als die selbstverständliche an, — was letztere unseres Erachtens nach richtigen geldtheoretischen Grundsätzen eigentlich auch ist. Die »Erwägungsgründe« des französischen Vorschlags sind die *Quintessenz der besten wissenschaftlichen Arbeiten der Bimetallisten*. Sie sind eine Nuss, an der sich die Gegner vergebens die Zähne zerbeißen werden.

Demgemäss scheint mir auch der Entwurf der *Convention selbst* im Wesentlichen sachlich richtig und gelungen. Denn der Grundgedanke der Convention ist die einfache logische Consequenz der »Erwägungsgründe«. Ist wirklich, wie mir erwiesen erscheint, die monometallistische, speciell die neuere Goldwährungs-

politik an den Münzwirren schuld, leiden darunter alle Staaten und Volkswirthschaften, so ist in einer *Rückkehr zum Bimetallismus* und in einer *möglichsten Ausdehnung desselben* unter den Staaten und Völkern der Culturwelt das Heil zu finden. Das *schliessliche Ziel* muss daher in der That eine solche Convention sein.

Damit ist aber noch nicht gesagt, dass *sofort* gerade *diese* Convention in Kraft treten müsste, oder dass das auch nur unbedingt zweckmässig wäre. Auch würde in der Convention *dieser oder jener einzelne Punkt eventuell anders zu fassen* sein und wären *Ergänzungen* in anderen Punkten zu versuchen.

Eine Reihe von *Uebergangsmassregeln*, bevor eine solche Convention in Kraft tritt und nach ihr dann sofort die wirklich freie Prägung *beider* Metalle für Private erfolgt, scheint uns doch selbst für die Nächstinteressirten, den lateinischen Münzbund und Nordamerika, zweckmässiger. Im Wesentlichen so, wie es oben in Uebereinstimmung mit *Arendt* befürwortet wurde, dass *zunächst* die *freie Silberprägung für Private noch nicht* oder nur *in beschränktem Umfange* eintritt, andererseits die betreffenden auswärtigen Regierungen sich verpflichten, ein gewisses Minimalquantum Silber auf ihre eigene Rechnung zu prägen. Wenn, wie voraussichtlich, der Curs des Silbers gegen Gold sich erhöht, was vermuthlich schon die moralisch-psychologische Wirkung jedes solchen Vertrags und dann der beginnenden Nachfrage nach Silber für Münzzwecke sein wird, so wären die *Prägequanten von*

Silber zu erhöhen. Erst *schliesslich* bei annähernder Wiedererreichung der Relation $15.5:1$ wäre die Silberprägung für Private freizugeben.

Ich gestehe zu, dass beim sofortigen Wirksamwerden einer Convention wie der von der französischen Regierung vorgeschlagenen das Ziel, die Wiederemporhebung des Silbers auf den früheren Stand, *rascher* als nach einem solchen Plane von Uebergangsmassregeln erreicht werden kann: aber um den Preis *sehr abrupter Hebung des Silbercurses* und einer *wilden Speculation* in diesem Metall. Nachdem einmal bereits seit Jahren Silber wesentlich wohlfeiler gegen Gold als nach der Relation von $15.5:1$ und der Stand von $c. 18:1$ schon längere Zeit besteht, scheint mir eine *gar so plötzliche* Rückkehr zum alten Stande nicht erwünscht. Solche *rasche und starke* Veränderungen sind niemals ohne neue grosse Verkehrsstörungen. Man kann letztere nicht ganz vermeiden, aber *erheblich mindern*, wenn man die Hebung des Curses durch eine Reihe in sich zusammenhängender Massregeln auf eine bestimmte Periode von Jahren, z. B. 3—5, vertheilt. Dadurch wird auch dem vorgebeugt, dass sich die Speculation mit aller Macht sofort auf den Artikel Silber wirft und hier grosse Gewinne mühelos einstreicht.

Bei dieser Gelegenheit mag noch eines besonderen Bedenkens der Goldwährungspartei, das mir jüngst noch von sehr kompetenter Seite in einem Privatgespräch entgegentrat, gedacht werden. Es wird ein-

geworfen, bei der Rückkehr zur alten Relation von 15.⁵:1 gewannen gegenüber der heutigen Relation von c. 18:1 nicht nur die Besitzer des Silbergeldes, der Silbergeräthe, sondern namentlich auch die *Besitzer der Silbergruben* für ihre künftige Production doch ausserordentlich. Eben das sei so bedenklich. Insbesondere figurirt dann hier wieder »Nevada« mit seinen »unglaublichen Silberschätzen«, der »Comstockgang« u. s. w. und immer kehrt das Argument wieder, es sei ja überhaupt wesentlich nur das gemeinste Privatinteresse der Besitzer und Actionäre der nord-amerikanischen Silberbergwerke, welches in Amerika wenigstens hinter den bimetallistischen Tendenzen und dem »Dollar der Väter« stehe. Bekanntlich ist aber, was ein neulicher Interpellant in der Münzdebatte im Reichstage noch nicht zu wissen scheint, die Silberproduction Nevada's überhaupt stark überschätzt und bereits im Rückgang, und besteht das dort gewonnene Product fast zur Hälfte aus Gold. Aber an und für sich bestreiten wir nicht, dass die Besitzer von Silber und von Silberbergwerken bei der bimetallistischen Münzpolitik Gewinne machen, die ihnen jetzt entgehen. Wer Silbergeld, Barren, Geräth hat, gewinnt indessen durch diese neue Intervention der Gesetzgebung nur wieder, was er durch die frühere verlor. Das gleicht sich also doch einigermaßen — wenn auch Verlust und Gewinne nicht immer dieselben Personen trifft — wieder aus.

Die Silbergrubenbesitzer aber machen in der That,

Dank der der neuen Gesetzgebung zuzuschreibenden »Conjunctur«, einen *grösseren* Gewinn. Z. B. wenn sie bisher für 18 Kilogramm Silber 1 Kilogramm Gold oder die für letzteres zu erwerbenden x Quanten Waaren (w) und Dienstleistungen (d) erhielten, so erlangen sie *ceteris paribus* dafür jetzt $x + y$ Quanten $w + d$. Ein *falscher* Schluss ist es indessen, anzunehmen, dass dies hinzutretende y ($w + d$) *genau* der Differenz der Werthrelation von $1 : 18$ gegen $1 : 15.5$ entspreche, oder m. a. W. $y = c. o. ^{16} x$, der Gewinn der Grubenbesitzer also c. 16 % wäre. Denn bei blossem Goldgeld in der Goldwährung würde der Geldwerth eben auf die Dauer muthmasslich *höher*, die Preise der Waaren u. s. w. *niedriger* als bei einem aus Gold und Silber gemischten bimetallistischen Geldsystem sein, so dass von jenem y ($w + d$) Gewinn wieder ein mehr oder weniger grosses z abzuziehen wäre. Gerade die *Verhütung* eines höheren und steigenden Goldwerths ist ja eine der berechtigten Tendenzen der bimetallistischen Münzpolitik. Soweit aber in unserer Formel das z nicht wieder dem y ganz gleich würde, was unwahrscheinlich ist, würde allerdings der Gewinn der Silbergrubenbesitzer dauernd beim Bimetallismus höher als beim Goldmonometallismus sein.

Ist das ein irgend ins Gewicht fallender Grund gegen die bimetallistische Münzpolitik auf der Basis der Werthrelation von $1 : 15.5$? Ich glaube, in keiner Weise. Diese grösseren »Conjuncturengewinne« und ihr Bezug durch die privaten Bergwerksinteressenten

sind eine *unerwünschte*, aber wie die Dinge liegen *unvermeidliche Folge* dieser neuen Münzpolitik, welcher andere entscheidende Vorthelle auch für die Gesamtheit gegenüber stehen. Im *Princip* liegt die Sache doch auch nicht anders, als wenn ein Silberbergbau noch bei der Relation des »freien Verkehrs« von 18:1 grosse Gewinne abwirft, weil er eben zu bedeutend geringeren Kosten Silber producirt. Hier hat man es, wie in allen ähnlichen Fällen, mit bekannten Gesetzen der Preise und Productionskosten von solchen Waaren zu thun, deren Gesamtmenge mit verschiedenen Productionskosten von verschiedenen Unternehmungen gewonnen wird, oder m. a. W. mit den Gesetzen der Differential-Rente, speciell der Grundrente. Der Bezug der letzteren in den begünstigten Fällen ist eine Folge des Rechtsprincips des privaten Grundeigenthums, — steht und fällt mit diesem. Da für jede neu, einerlei mit welchen Kosten, gewonnene Partikel Edelmetall der bestehende Edelmetallgeldwerth gilt, profitirt einmal jeder Bergwerksbetrieb die Differenz zwischen dem höheren Geldwerth und seinen niedrigeren Productionskosten. Selbst wenn der Edelmetallbergbau Staatsregal wäre — was im Interesse der Münzpolitik Manches für sich hätte — würde bei dem internationalen Character von Gold und Silber und der Universalität des Absatzgebiets derselben der betreffende *Einzelstaat* auch solche »Renten« etwas mit auf Kosten anderer Staaten beziehen. In dieser Hinsicht verhält es sich aber dann mit dem deutschen Silberbergbau, welcher unter dem

jetzigen Zustande leidet, ebenso wie mit demjenigen von Nevada und von Mexico. Das lässt sich nicht ausgleichen und ist im Princip nicht anders und nicht schlimmer als die tausendfachen Bildungen von Rentenverhältnissen und Bezüge von Differentialrenten, mit welchen einmal unsere Volkswirthschaften als mit gegebenen Verhältnissen und nothwendigen Consequenzen der Privateigenthumsordnung zu thun haben. Die Goldpartei, deren meiste Anhänger dem ökonomischen Individualismus und Liberalismus angehören, stösst sich doch daran sonst nicht. Warum macht man hierbei den etwaigen Extra-Gewinnsten im Silberbergbau soviel Wesens von der Sache? Das ist doch nur ein tactisches Manöver!

Die französischen Vorschläge der Münzconvention müssten also noch zusätzliche Bestimmungen über die *Uebergangsverhältnisse* erhalten. Davon abgesehen scheinen mir die *einzelnen Artikel* des Entwurfs im Ganzen zweckmässig formulirt. Nur einige Punkte würden noch speciell zu erwägen sein.

Besonders einverstanden würde ich mich erklären mit Art. 1, 2, 3, 4 Alinea 1, 6, 9, 11, daher mit den Hauptbestimmungen, der Relation von 1:15.⁵, der Beibehaltung *nationaler* Münzsysteme, der unbeschränkten Prägung von Gold und Silber für Private u. s. w.

Besonders zu erwähnen wäre noch, ob die Münzung *unentgeltlich* für Private sein soll (Art. 4, Absatz 2). Durch den in Art. 5, Absatz 1 zugelassenen (Maximal-) Discont von 2 pro Mille für *sofortige* Hin-

ausgabe von Münze für Prägemetall Seitens der Münzstätten verwandelt, sich diese unentgeltliche Münzung freilich meist doch in eine Prägegebühr von c. 2 pro Mille, — entsprechend den Verpflichtungen der englischen Bank, jederzeit gegen Prägegold Banknoten, d. h. Münze zu 3 Pf. 17 Sh. 9 d. statt zu 3 Pf. 17 Sh. 10 $\frac{1}{2}$ d., dem Münzsatze, abzugeben, und der Deutschen Reichsbank, ebenso Prägegold mit 1392 M. p. Pf., statt mit 1395 M. nach dem Münzfusse, anzunehmen. Diese Bestimmungen haben ihr Für und Wider. Gegen eine allgemeine mässige Münzgebühr, z. B. wie sie *Soetbeer* jüngst hypothetisch bei einer bimetallistischen Münzpolitik angenommen ($\frac{1}{5}\%$ für Gold, $\frac{3}{4}\%$ für Silber), würde ich mich nicht unbedingt erklären. Doch glaube ich, trotz der grösseren Prägekosten von Silber müsste die Gebühr auch bei diesem Metall, *wenn nicht gleich*, so *nur ganz wenig höher* als bei Gold angesetzt werden, — in Consequenz bimetallistischer Münzpolitik.

Eine *Lücke* findet sich aber in dem Conventionsentwurf insofern, als meines Erachtens auch *vertragsmässig* jedem Staate die Obsorge für die Controle seines *Courantgeldes* und die Verpflichtung, Münzen, welche unter ein vom Münzfuss mässig abweichendes Passirgewicht gefallen sind, *auf seine Rechnung* einzuziehen, aufzulegen wären. Das kann man nicht nur dem Einzelstaat überlassen. Bekanntlich haben wir in den deutschen Münzgesetzen bezüglich richtige Vorschriften. In *England* reichen die Einrichtungen nicht aus, um die Goldmünzen im Umlauf vollwichtig

zu erhalten. In *Frankreich* bestehen hier notorisch grössere Uebelstände, die es erwünscht wäre, bei dieser Gelegenheit zur Sprache zu bringen.

Im Art. 7, welcher von der *Scheidemünze* handelt, müsste jedenfalls noch eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach, unseren neuen Münzgesetzen entsprechend, jeder Staat sich verpflichtet, auf Verlangen in gewissen Minimalbeträgen Scheidemünze gegen vollwichtiges Courant einzulösen. Auch eine weitere *vertragsmässige* Bestimmung über das *Maximum* an solcher Scheidemünze (wie im latein. Münzbunde 6 Fr. p. Kopf an leichterer Silbermünze) wäre wenigstens zu erwägen. Vielleicht hat man französischerseits durch Aufnahme einer solchen Vorschrift in Art. 7 die Schwierigkeiten einer internationalen Convention nicht noch erhöhen wollen. Indessen liegt eine *Einschränkung* der leichteren Münze nicht nur im wahren Interesse des Einzelstaates — wir haben deren entschieden jetzt zu viel, — sondern auch der bimetallistischen Union. Denn es gilt, dem Silber in vollwichtigen Münzen eine reichlichere Anwendung zu schaffen. Auch Bestimmungen über das *minimale* Goldstück (10 Fr., 10 M., *nicht* 5 M., 5 Fr., 1 Doll.) wären in dieser Beziehung angemessen und hemmten keinen Staat nachtheilig.

Der letzte Satz in Art. 5, dass nämlich *nach Belieben der zahlenden Partei* (? wenn hier kein Uebersetzungsfehler vorliegt, also der Prägeanstalt) eine Vorausbezahlung in Gold- oder Silbergeld erfolgen soll, erregt Zweifel.

Ob Art. 8 im Falle *uneinlösbaren* Papiergeldes mit *Zwangscurs* unbedingt aufrechtzuerhalten ist, ist mir wenigstens fraglich.

Art. 10, der die Annahme des Silbers am nämlichen Tage in allen Münzanstalten der Union vorschreibt, würde besonders in Folge unserer befürworteten Uebergangsbestimmungen zu modificiren sein.

Wenn endlich in Art. 11 zwischen *grösseren* und *kleineren* Staaten im Punkte der Wirkungen der Kündigung des Vertrages unterschieden wird, so scheint das ganz den Verhältnissen entsprechend.

Im Ganzen gelange ich so zu dem Ergebniss, dass die *französischen Vorschläge geeignet sind, als Grundlage der Verhandlungen über eine internationale Doppellwährung zu dienen.*

Möchten die Bemühungen von Erfolg gekrönt sein! Das läge in einem wahrsten *Weltinteresse*, und wenn dabei Frankreich, Italien und Nordamerika noch etwas mehr als Deutschland interessirt sind, — soll uns das hindern, uns anzuschliessen und mitzuhelfen?! Ein wenig Kosmopolitismus ist doch auch nicht vom Uebel!

18. März 1881.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	3
I. Begangene Irrthümer	5
II. Der Streit um einfache und Doppelwährung	20
III. Die Nothwendigkeit einer „Reform“ unserer Münzreform .	34
IV. Quid faciamus nos?	47
Nachtrag in der zweiten Auflage	67
V. Die Münzdebatte im Reichstage am 10. März 1881 . . .	67
VI. Die französischen Vorschläge für den internationalen Münz- congress.	88

Inhalt

I. Einleitung	1
II. Die Geschichte der Stadt	10
III. Die Verwaltung	25
IV. Die Wirtschaft	40
V. Die Kultur	55
VI. Die Bevölkerung	70
VII. Die Zukunft	85

In demselben Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

- Prof. Dr. Adolph Wagner, Staatspapiergeld, Reichskassenscheine und Banknoten.** Kritische Bemerkungen zu der Vorlage im Reichstage. 1874. M. 1. 50.
- Prof. Dr. Adolph Wagner, die Zettelbankreform im Deutschen Reich.** 1875. M. 4. —.
- Cernuschi-Arendt, die Restitution des Silbers** eine Nothwendigkeit für d. gesammte Culturwelt. M. —.
- Schuberth, Zur Financirung öffentlicher Unternehmungen.** Vorschläge aus d. Praxis. M. 1. —.
- Meyer, J., das Münzwesen auf einheitlicher Grundlage.** 1875. M. 1. 20.
- Ein Beitrag zur Frage der Goldwährung** im Deutschen Reiche und zur Demonetisirung des Silbers. 1880. M. 1. —.
- Henri Cernuschi, bimetallische Münze.** Uebersetzt aus dem Französischen. 1876. M. 1. 60.
- T. E. Cliffe Leslie, die Reform der Finanzen.** Aus den Veröffentlichungen d. Cobden Clubs übers. v. M. Broemel. 1872. M. 1. 20.
- Aug. Eggers, die Geldreform.** Mit einer colorirten Münzweltkarte u. s. w. 1873. M. 3. —.
- v. Festenberg-Packisch, Deutschlands Zoll- u. Handelspolitik 1873—1877.** Die Debatten im Reichstage während der drei ersten Legislatur-Perioden. 1879. M. 20. —.
- Dr. Rob. Friedberg, die Börsensteuer.** Eine finanzwissenschaftliche Studie. 1875. M. 1. —.
- Dr. Rob. Friedberg, die Besteuerung der Gemeinden.** Finanzwissenschaftliche Erörterungen. 1877. M. 2. 40.
- L. v. Hirschfeld, die Finanzen Frankreichs nach dem Kriege von 1870—71.** Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Adolph Wagner. 1875. M. 2. 80.
- R. Rudloff-Grübs, Unser deutsches Creditsystem, dessen Krankheit und Heilung.** 1877. 80 Pf.
- G. Johnstone Stoney, das natürliche Münzsystem.** Eine Berufung an die Intelligenz Deutschlands. 1871. M. 1. —.
- Dr. Franz Stöpel, Bemerkungen über einige neuere Theorien vom Geld.** 1869. 50 Pf.

Wagner, Adolph,

Für bimetallistische Münzpolitik Deutschlands

Berlin 1881

J.publ.g. 428 rg#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635730-4